Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55. Donnerstag, den 5. März 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die koloniale Herrlichkeit.

3. Togo.

In diesem Dorado geht es den Beamten gut, sehr gut. Sie haben recht nette Häuser und Gärten, in der Umgegend von Klein-Popo sind gute Fahr- und Reitwege angelegt. Zu Kaisers-Geburtstag haben sie nun auch eine Eisenbahn mit Hurra eröffnet und der Champagner war gut beim Diner, und jetzt fahren sie spazieren von Lome nach Palmine. Verordnungen erlassen sie zu hauf. Von kolossaler Wichtigkeit ist z. B. die Verordnung vom 1. Dezember 1906, die das Meldewesen der Europäer regelt. Sie behebt einen wesentlichen Mißstand: bisher meldeten sich nämlich nur die Europäer polizeilich an, die über die Seegrenze kommen, jetzt besteht Meldepflicht auch für die, die über die Landgrenze kommen und eine Meldepflicht bei Wohnungswechsel. Wir wundern uns nur, daß diese überaus wichtige Verwaltungsmaßnahme erst jetzt erfolgt ist, wie konnte eine hohe Behörde nur dulden, daß in ihrem Machtbereich Leute eine Wohnung beziehen, ohne sich zu melden! Jetzt ist also alles, alles in Ordnung. Na, und wenn wieder einmal eine „Cousine" v. Eckardstein auftaucht und einen Paß braucht, wird es hoffentlich an Formularen nicht fehlen. Aber noch mehr: vom 1. Januar 1906 erscheint ein Amtsblatt! Jawohl! zweimal monatlich wird es herausgegeben und im Bedarfsfalle werden Sonderausgaben veranstaltet. Und Gericht wird gehalten, daß es eine Freud ist: im Jahre 1906/07 sind 2899 Eingeborene verknurrt worden, bei einer Bevölkerung von rund 1 Million Köpfe. Das schnappt! Unter den Urteilen lauten 7 auf Tod . . . Zweifelt noch jemand daran, daß die Kultur blüht in Togo?

Aber man glaube ja nicht, daß die Herren Beamten nur auf dem Gebiete der Verwaltung und Gerichtsbarkeit sich betätigen. O nein, auch zur wirtschaftlichen Hebung des Landes tun sie ihr möglichstes. Ewig denkwürdig wird der Tag des 27. Januar 1907 bleiben, denn an diesem Tage wurde eröffnet die — Landwirtschaftliche Ausstellung in Palmine. Man denke: eine landwirtschaftliche Ausstellung! Zwar beträgt die ganze weiße Bevölkerung nur 288 Köpfe, aber — „die landwirtschaftliche Produktion erhielt durch die Ausstellung einen mächtigen Impuls, der hoffentlich recht bald in der Steigerung der Produktion und in der Erhöhung der Ausfuhrziffern sich zeigen wird". Wer's nicht glaubt, zahlt 'nen Taler.

Vorläufig steht es mit der Produktion ungefähr so: Bisher wurde immer darüber geschwätzt, daß Togo so recht das Gebiet für Kakao und Kaffee ist. Jetzt heißt es: mit Kakao ist es nichts! „Eine wesentliche Ausbreitung der Kakaokultur ist auch nicht erwünscht, weil sie notwendig mit der Niederlegung von Waldungen verbunden ist, was in dem waldarmen Togo nach Möglichkeit vermieden werden sollte." Mit Kaffee ist es ebenfalls nichts. Jetzt heißt das Stichwort — Baumwolle. Vorlaufig wird experimentiert; ausgeführt wurden 193 Tonnen, das ist so ungefähr der zweitausendste Teil dessen, was Deutschland an Baumwolle jährlich verbraucht. Bleibt also — Kautschuk, der im Urwald gesammelt wird, und dessen Ausfuhrwert ungefähr 1 Million Mark beträgt, Erdnüsse und Palmkerne — Ausfuhrwert nicht ganz 12 000 Mark. Mit Viehzucht ist es nichts. Mit Bergbau erst recht nicht.

4. Kamerun.

In dieser Musterkolonie ist Pulver und Blei ein gangbarer Artikel. In der Rubrik Expeditionen lesen wir: 1. Unternehmung gegen die Jebekolles; 2. Beendigung des Feldzuges gegen den Wutehäuptling Ngutte, Stürmung der Felsenburg, Zersprengung des Stammes; 3. Expedition zur Einfangung des entkommenen Häuptlings Ngutte; 4. Bestrafung einiger unbotmäßiger Bapäa- und Bakkostämme; 5. Kriegszug zur Unterwerfung der Makkastämme; 6. Feldzug Puttkamers gegen die Makkas; 7. Unterwerfung der Makkas durch Hauptmann Schlosser, nach kurzen aber heftigen Gefechten; 8. gründliche Bestrafung der Bulus; 9. Expedition gegen die Bausso; 10. Unterwerfung der Bafuts nach heftigen Kämpfen; 11. Expedition zur „Befreiung" (?) der Ngone; 12. Expedition Fabricius gegen die Galims, die nach heftigen Kämpfen zersprengt wurden; 13. Expedition gegen Luan Sigella; 14. die Residentur Garna hatte gegen unbotmäßige und räuberische Heidenstämme zu kämpfen; 15. Postenführer Binder verfolgte räuberische Tuburis; 16. ein Fullahaufen, fanatisiert durch einen Mekkapilger, rebellierte und wurde niedergeworfen. — Sechzehn Kriegsfahrten in einem Jahre! reichlich genug.

In dieser Kolonie haben die kapitalistisch betriebenen Plantagen einige Ausdehnung angenommen, und die Unternehmer brauchen 10 000 bis 12 000 Arbeiter. Es wiederholt sich dabei Ähnliches, wie wir in Ostafrika gesehen haben: „Die Graslandvölker vertragen das Küstenklima in den Pflanzungen schlecht und sterben vielfach mehr an Fieber und Dysenterie, als die Europäer. Häufig vorgekommene Todesfälle schrecken dann die Stammesgenossen vom arbeiten bei europäischen Unternehmern ab." In der Tat: es ist sehr frech von den Negern, daß sie sich nicht dazu hergeben, die Plantagen mit ihren Kadavern zu düngen. Dabei arbeiten sie unter folgenden Bedingungen: Kontrakte von 6 bis 18 Monaten, Lohn 4—8 Mark monatlich und Kost. Diese langen Kontrakte bedeuten, daß man dem Neger zumutet, sich gänzlich von seinem Stamm zu trennen. Indessen: „Wirkliche Vorteile haben die Pflanzungen nur dann, wenn die Verpflichtungen der einzelnen Arbeiter sich auf mehrere Jahre erstrecken. Es wird Aufgabe der Regierung sein, die Pflanzungen hierin weitgehendst zu unterstützen." Daß solche Arbeitskontrakte freiwillig geschlossen werden, erscheint sehr zweifelhaft. Wahrscheinlich sind es die „Sultane", die „ihre Leute" dazu zwingen, doch erfährt man aus dem Berichte nichts darüber. Man geht wohl kaum fehl, wenn man einen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesen Anwerbungen und den fortwährenden Meutereien und den darauf folgenden Straferpeditionen sucht. Die Plantagenprodukte riechen nach Blut.

Die Plantagen betreiben vorwiegend Kakaobau. In neuester Zeit beschäftigt man sich viel mit Kautschuk, doch wird vorläufig nur probiert, ob die Kautschuk liefernden Pflanzen sich anbauen lassen; was zur Ausfuhr kommt, ist von den Eingeborenen im Urwald eingesammelter Kautschuk. Mit Kaffee ist es nichts, mit Baumwolle auch nicht. An Erzeugnissen der Plantagenwirtschaft kommt also nur Kakao in Betracht, von dem 1 252 000 Kilogramm im Werte von 1 167 000 Mk. ausgeführt wurden. Von mineralischen Schätzen war früher viel die Rede; jetzt wird festgestellt, „daß wertvolle Mineralien, wie Zinn, Kupfer, Gold, kaum im Schutzgebiete zu erwarten sind. Insonderheit wurden die früher aufgestellten Angaben, daß Gold in den Flußbetten des Sonaga und Hluri vorhanden sei, als ebensowenig stichhaltig nachgewiesen, wie die behaupteten Gold- und Zinnfunde Taylors im Kentu-Gebirgsmassiv."

Die weiße Bevölkerung zählt 1010 Köpfe; davon kommen auf Beamte, Militär und Pfaffen und deren Frauen 399.

5. Samoa, Karolinen-, Marianen- und Marschall-Inseln.

Die Samoaner sterben langsam aus. Unaufhaltsam vollzieht sich die stille Tragödie. Ursache scheinen tief eingewurzelte sexuelle Laster zu sein. Im Berichtsjahre hat sich ein Überschuß der Geburten über die Sterbefälle um 26 ergeben, aber das dürfte den Lauf der Dinge nicht ändern. Als Arbeiter werden auf den Samoainseln an 12 000 Chinesen verwendet, Kulis, mit denen ein regelrechter Handel von den chinesischen Häfen aus getrieben wird. Auf den Plantagen wird Kakao gebaut und Kokospalmen, und diese Kulturen machen langsame Fortschritte. Die weiße Bevölkerung beträgt 455 Köpfe, davon kommen auf die Beamten, Pfaffen und ihre Frauen 107.

Von den Karolinen wird Unheil gemeldet: ein Taifun fegte über die Inseln hinweg und zeitigte eine Sturmflut. An 500 Menschen mußten dabei ihr Leben lassen, und auf den niedrigen kleinen Karolineninseln wurden alle Nutzpflanzen zerstört. Nun zeigt sich folgendes: die Palau- und Marianen-Inseln sind fruchtbar, haben wenig Einwohner, sind Sturmfluten weniger ausgesetzt, weil sie nicht so niedrig, und haben von den Taifun-Stürmen der letzten Jahre nicht viel gelitten, dagegen sind die Zentral-Karolinen und Südinseln verwüstet und stark übervölkert. Da wäre ein Werk der Kultur und Menschenliebe zu verrichten, indem man die Bevölkerung veranlaßt, auf die Inseln überzusiedeln, die bessere Bedingungen bieten; das will die Regierung denn auch tun. Aber — im Hinterhalt liegt der Kapitalismus: auf den fruchtbaren Inseln bedarf man der „Hände", die Eingeborenen der unglücklichen Inseln sind willkommen, wenn sie in den Plantagen arbeiten. Wenn nun aber die Eingeborenen zu dieser Arbeit sich nicht bereit finden lassen, dann wird das Kulturwerk vielleicht mit einem Blutbad enden. Das ist eben kapitalistische Kultur, und andere verlangen wir vergebens vom kapitalistischen Staate, der Kolonialpolitik treibt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Reichstag

wurde die sozialpolitische Generaldebatte beim Reichsamt des Innern fortgesetzt. Der Freisinnige Kämpf und Dove trugen bescheidene Wünsche der blockfrommen Kaufmannschaft vor. Herr Kämpf äußerte einen gelinden Tadel über Bülows schroffe Ablehnung des freisinnigen Wahlrechtsantrags im preußischen Abgeordnetenhause und verlangte, daß endlich einmal mit der verrotteten Bestimmung gebrochen werde, daß sogar die unentgeltliche Krankenhausbehandlung vom Wahlrecht ausschließt. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hielt eine Art Programmrede. Er suchte sich als einen objektiven Sozialpolitiker hinzustellen, dem jede einseitige Begünstigung der Unternehmer-Interessen fern liegt. Er mag ja subjektiv diese Überzeugung haben; der Beifall aber, mit dem das Scharfmachertum und das Zünftlertum Posadowskys Fall und Bethmann-Hollwegs Ernennung begrüßt haben, beweisen, daß die Unternehmerschaft wieder so oben auf ist, wie in den Zeiten, da Berlepsch „klein gekriegt" wurde. Die an sich nicht uninteressante, und in ihrer Art geschickte Verteidigung des Arbeitskammern-Gesetzentwurfes durch den Staatssekretär wird das Verdammungsurteil der Arbeiterschaft über dieses Produkt der bureaukratisch-scharfmacherischen Antisozialkoalition nicht verändern. — In der Scharfmacherrede des Freiherrn v. Gamp fehlte nicht der übliche Schrei nach einem neuen Zuchthausgesetz. Die satte Behäbigkeit, mit der Herr Gamp spricht und die behagliche Liebenswürdigkeit, deren er sich befleißigt, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Führer der Reichspartei sachlich völlig mit den Kreth und den Wagner übereinstimmt, mag er sich auch von den gehässigen Rempeleien, wie diese Herren sie lieben, freihalten. Der Antisemit Raab versetzte mit albernen Mittelstandspolitik seine in mancher Beziehung treffenden Ausführungen über die Antisozialpolitik im Reiche Ballin. Am Donnerstag Fortsetzung.

Änderung des amtsgerichtlichen Verfahrens.

Den Reichstagsmitgliedern ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes, der Zivilprozeßordnung, des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zugegangen. Grundgedanke für den Entwurf ist nicht: „wie kann eine gute Rechtspflege herbeigeführt werden?", sondern wesentlich fiskalische Rücksichten. Keine allgemeine Reform des Zivilprozesses, keine Hinzuziehung von Laien, keine Vereinheitlichung des Arbeiterprozeßrechts, keine Sicherstellung der Rechte der ländlichen Arbeiter, kein Schutz der Arbeitersekretariate und Gewerkschaftsbeamten gegen Zurückweisung als Beistände vor Gericht. Vielmehr im wesentlichen eine kleine Verbesserung der Schwerfälligkeit des Amtsgerichtsverfahrens durch Annäherung an das für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorgeschriebene Verfahren. Der Schwerpunkt der Vorlage liegt in der Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte. Diese sollen in der Regel nicht mehr wie jetzt nur über Objekte bis 300, sondern über solche bis 800 Mark entscheiden. Das besonders plutokratische Verlangen der Reichsjustizvorlage, die Berufung für Objekte bis 50 Mark für ungültig zu erklären, ist in der Vorlage des Bundesrats fallen gelassen. Die Kosten werden nach der Vorlage erhöht. Die Zuständigkeit der Handelskammern soll auf Streitigkeiten aus dem Gesetz über unlauteren Wettbewerb, aus dem Börsengesetz und aus dem Reichsstempelgesetz ausgedehnt werden. Statt des Voreides endlich soll der Nacheid eingeführt werden. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs — Flickarbeit, wie die Motive selbst zugestehen, indem sie ausführen: „Zwar läßt sich nicht verkennen, daß bei der praktischen Handhabung der Zivilprozeßordnung im Laufe der Jahre sich manche Mißstände herausgestellt haben, welche die Notwendigkeit einer auf das gesamte Gebiet des Zivilprozesses sich erstreckenden Revision nahe legen. Der Zeitpunkt", fahren die Motive weiter fort, „für eine solche Revision ist jedoch noch nicht gekommen".

Das Ausnahmegesetz gegen die Polen

ist jetzt auch vom preußischen Dreiklassenparlament in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung angenommen worden. Wie sagte doch Axel Oxenstierna? Du glaubst garnicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!

Ein „sauberer" Plan.

Gibt es doch immer einige Optimisten, welche vermeinen, es sei dem Freisinn ernst mit der Erkämpfung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Dieselben Leutchen meinten auch, der Abgeordnete Müller-Berlin habe im Landtage die Spitzelnachricht, die Sozialdemokraten wollten am 18. März feiern, um für das Wahlrecht zu demonstrieren, nur vorgebracht, um die Regierung und die Herrschenden zu ermahnen, man möchte die Arbeiter bei dieser friedlichen Kundgebung nicht stören. Kein anderer

als Müller ist es, der jetzt in der „Freis. Ztg." diesen Einfältigen den Illusionsmantel herunterreißt! Der Artikel des Müllerblattes lautet:

„Zur Frage des sozialdemokratischen Generalstreiks am 18. März bringt der „Vorwärts" einen Artikel, der die Freisinnigen zwar mit einer Fülle von Schimpfworten überschüttet, es aber nicht zu bestreiten wagt, daß eine allgemeine Arbeitsruhe am Jahrestage der Revolution beabsichtigt sei. Wir stellen das hiermit fest. Aus der Wut, mit der das sozialdemokratische Zentralorgan über den Abg. Dr. Müller-Sagan und andere freisinnige Parlamentarier herfällt, schließen wir zugleich mit der Befriedigung, wie unangenehm es dem „Vorwärts" ist, daß der saubere Plan frühzeitig an das Licht der Öffentlichkeit gebracht worden ist."

Wir wollen zunächst feststellen, daß es sich bei dem Vorwärts-Artikel um ein von dem parlamentarischen Berichterstatter verfaßtes Stimmungsbild über die Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses handelt. Doch das ist gegenüber dem obigen Erguß der „Freisinnigen Ztg." ziemlich Nebensache. Angenommen, die Mitteilung Müllers sei völlig korrekt, so hätten wir die Tatsache zu verzeichnen, daß der Freisinnsführer eine solche friedliche Kundgebung zugunsten des doch so schwer zu erringenden Reichstagswahlrechts in Preußen als einen „sauberen Plan" bezeichnet und er stolz darauf ist, der Katze die Schelle umgehängt zu haben, damit die Regierung am 18. März mit Feuer und Schwert unter die Arbeiter fahre. Das sind die erbärmlichen Epigonen der liberalen Kämpfer von vor 60 Jahren, welch letztere den Tyrannen- und Junkermord verherrlicht haben. Freisinnige wollen es sein, Hundsfötte sind es!

Im „Vorwärts" finden wir unter der Stichmarke „Zur Gemütsberuhigung" folgende Notiz zu dieser Angelegenheit: „Die „Freisinnige Zeitung" vom Sonntag, den 1. März, verbreitet die Ente, daß die „Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei" für den 18. März den Generalstreik anordnen werde. Die „Freisinnige Zeitung" hat offenbar etwas läuten hören, sie weiß aber nicht, wo die Glocken hängen. Zur Gemütsberuhigung der „Freisinnigen Zeitung" und der von Herrn Müller-Sagan bereits im voraus mobil gemachten Polizei sei bemerkt, daß bereits seit Wochen von den zuständigen Instanzen beschlossen worden ist, daß an allen größeren Orten, wo dies möglich ist, am Nachmittag des 18. März in Erinnerung an die Märzereignisse von 1848 Volksversammlungen abgehalten werden sollen, in denen die Wahlrechtsfrage für Preußen zu erörtern ist."

Wie der Dreiklassenstaat Preußen die deutsche Politik beeinflußt.

Anknüpfend an die kürzlich aus Oldenburg laut gewordenen Klagen darüber, daß die dortige Regierung zu spät von gesetzgeberischen Plänen und Entwürfen Kenntnis erhalte, erörtert der Reichstagsabgeordnete Gothein im „Berliner Tageblatt" eingehend die Bevorzugung Preußens durch die Reichsämter. Er weist darauf hin, daß das Verfahren längst bekannt und im Reichstag mehrfach besprochen sei. Noch die letzten Tage haben authentisches Zeugnis dafür gebracht. So erklärte der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding am 12. Februar 1908 im Reichstage bezüglich der gesetzlichen Regelung des Automobilwesens:

„Der Entwurf ist den preußischen Ressorts mitgeteilt worden. Ich habe Veranlassung, anzunehmen, daß er auf preußischer Seite erheblichen Bedenken, deren Beseitigung längere Zeit kosten würden, nicht begegnen wird."

Und am 20. Februar 1908:

„Der Entwurf der neuen Strafprozeßordnung ist im Reichsjustizamt fertig; die Reichsjustizverwaltung hat ihre Arbeit abgeschlossen, und der Entwurf liegt gegenwärtig der preußischen Regierung zur Begutachtung vor. Sobald sich ergibt, daß ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen der preußischen Staatsregierung und dem Reich nicht bestehen, wird der Entwurf unverweilt an den Bundesrat gelangen.

Ähnliche Äußerungen des genannten Staatssekretärs liegen fast zu jedem in Aussicht gestellten gesetzgeberischen Vorgehen dieses Ressorts vor, und genau ebensolche finden wir zu Hunderten seitens des früheren Inhabers des Reichsamtes des Innern. Es ist bekannt, daß Graf Posadowsky oft die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen hat, wenn ihm seine sozialpolitischen Entwürfe aus dem preußischen Ministerium zurückkamen und er sah, was in dieser reaktionären Besserungsanstalt aus seinen Kindern gemacht worden war.

„In der Reichsverfassung ist für die eminente Bevorzugung Preußens nicht die geringste Grundlage gegeben. Tatsächlich wird dadurch das preußische Ministerium, das von seinem Dreiklassenparlament absolut abhängig ist, zum entscheidenden Faktor für die gesamte Reichsgesetzgebung gemacht, denn natürlich ist Preußens Wunsch für die Reichsämter Befehl, und im Bundesrat findet sich nur selten soviel Rückgrat, um gegenüber dem allmächtigen Preußen und den seine Wünsche notgedrungen ebenfalls mit vertretenden Staatssekretären — die meisten sind ja jetzt auch preußische Minister — das Recht der einzelstaatlichen Regierungen zu wahren. Kaum etwas macht die Frage des preußischen Wahlrechtes zu einer so hochwichtigen Reichsfrage wie diese tatsächliche und praktisch geübte Beeinflussung der Reichsgesetzgebung durch Preußen, die zwar durch die Verfassung keineswegs zu rechtfertigen ist, aber nun einmal zum großen Teil den Machtverhältnissen entspricht. Immerhin wäre es erwünscht, daß im Bundesrat die Vertreter der Mittel- und Kleinstaaten einmal gegen diese einseitige Bevorzugung Preußens durch die Reichsämter entschieden Front machten. So gut wie Preußen kann jedem Einzelstaat der im Reichsjustizamt ausgearbeitete Entwurf mitgeteilt werden."

Gothein weist dann weiter darauf hin, daß aber auch in Preußen zwar die agrarischen Interessenvertretungen, nicht aber die von Handel und Industrie vorher über die Gesetzesmaterien gehört werden. „Häufig können die preußischen Handelskammern erst von den anderen staatlichen Schwesternkammern überhaupt Kenntnis von gewissen, ihre Interessen berührenden Gesetzentwürfen erlangen. Aber natürlich auch das ist erst möglich, wenn dem Bundesrat die Gesetzentwürfe zugegangen sind. Die Wirkung des Verfahrens ist die, daß die Bureaukratie die Gesetze allein und am grünen Tisch macht, ohne die Vertreter der Praxis vorher zu hören."

Die schlimme Beeinflussung der Reichsgesetzgebung durch das reaktionäre Preußen würde auch nicht beseitigt, wenn alle Bundesstaaten gleichzeitig von den gesetzgeberischen Plänen Kenntnis erhielten. Aber tatsächlich wird durch die Bevorzugung Preußens dessen Einfluß ein erheblich viel größerer. Es ist richtig, daß das zum Teil an dem Übergewicht der preußischen Macht liegt. Um so notwendiger ist es, diese Macht zu demokratisieren, was nur durch Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts erreicht werden kann.

Hinter den Kulissen.

In Sachen des Reichsvereinsgesetzes verlautet der „Germania" zufolge in parlamentarischen Kreisen, daß Montag abend bei den Unterhandlungen zwischen dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und dem freisinnigen Abgeordneten Müller-Meiningen für die zweite Lesung in der Reichstagskommission ein Kompromiß verabredet worden ist, für das auch die Führer der anderen Blockparteien, die ebenfalls vom Staatssekretär zu einer Besprechung herangezogen wurden, gewonnen sein sollen. Daß damit eine Kapitulation des Blockfreisinns vor der Regierung und den Konservativen vollzogen ist, wird nicht mehr bestritten werden können.

Eine Erleuchtung.

Im „Tag" schreibt ein Herr vom Rat an leitender Stelle über englische und deutsche Flottenverhältnisse und kommt zu folgendem Schluß:

Die unendliche Schraube des Schiffbaues mit ihren unübersehbaren finanziellen Kalamitäten bedroht zwei vernünftige und hochkultivierte Völker. Sollte es da nicht möglich sein, daß eines Tages auf beiden Seiten des Kanals der Beantwortung der Frage ernstlich nachgedacht wird: Muß das denn eigentlich sein?

Man denke: der Mann ist nicht Sozialdemokrat, sondern ein Legationsrat a. D.!

Sydows Pläne.

In der Meldung, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Sydow, plane eine Erhöhung der Postgebühren für Zeitungsbeförderung und eine Erhöhung der Wortgebühr für inländische Telegramme, erfährt die „Deutsche Tageszeitung", daß diese Mitteilung der Begründung entbehrt. Doch man wird gut tun, abzuwarten, was Herr Sydow nun wirklich an Steuerplänen in seinem Haupte wälzt.

Eine Steuer auf Margarine.

Vor einigen Tagen fand in Dresden eine Versammlung des Bundes der Landwirte statt. Neben dem Freiherrn v. Wangenheim gab auch der dicke Oertel eine Gastrolle. Er sprach über die politische Lage und die Gesetzgebung. Dabei erörterte er auch die Reichsfinanznot und die Steuerprojekte zur Abhilfe. Er lehnte alle direkten Steuern ab, jeder vernünftige Steuervorschlag, wie die Erhöhung der Erbschaftssteuer, war ihm ein Greuel, dagegen begeisterte er sich für die Besteuerung des Tabaks und eine scharfe Besteuerung der Butter des armen Mannes, der Margarine. Davon verspricht er sich einen hohen Ertrag; außerdem erwartet er, daß durch die Margarinesteuer „die Butter wieder zu Ehren komme." Herr Oertel will dem armen Manne nicht nur das Pfeifchen, er will ihm auch die einzige Zukost verteuern, die er sich zu seinem Brote noch kaufen kann, gleichzeitig will er damit natürlich auch eine Verteuerung der Butter herbeiführen und so die agrarischen Profite mehren. Natürlich zollten ihm dafür die versammelten sächsischen Agrarier reichlich Beifall.

Ein Reinfall Oertels.

Die „Deutsche Tageszeitung" entrüstet sich darüber, daß der sozialdemokratische Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises bei seinem Stiftungsfest 30 Pfennige Eintritt nimmt, der Holzarbeiterverband sein großes Sommerfest unter der Devise: Ein Sommertag in der Hochalp, feiern will, die Wäschereiarbeiterinnen zu einem Sommerfest im Freibade Wannsee auffordern und das Berliner Gewerkschaftshaus den Genossen ein Menu für 75 Pfennige anbietet. Das alles werfe, so meint Oertel, ein seltsames Bild auf die von der Sozialdemokratie behauptete zunehmende Verelendung der Masse.

Abgesehen davon, daß diese Behauptung niemals in diesem kategorischen Sinne gemacht worden ist, lesen wir in derselben „Deutschen Tageszeitung" und in derselben Nummer diese Notiz:

Aus der Elendsstatistik. Im Monat Januar d. J. wurden von der Stadt Berlin 33 197 Almosengeldempfänger mit 558 131 Mk. laufend unterstützt. Extraunterstützungen erhielten 1497 Empfänger mit insgesamt 10 659 Mk. Ferner erhielten 6988 Personen einmalige Unterstützungen in Höhe von 89 658 Mk. Für 11 470 Pflegekinder wurden außerdem 98 913 Mk. verausgabt. Der Gesamtbetrag aller Armenunterstützungen im Monat Januar d. J. stieg auf rund 757 360 Mk.

Selbst der prüfende Blick des Herrn Oberlehrers Dr. Oertel, der von früher her noch gewöhnt ist, jeden Fehler rot anzustreichen, kann also nicht immer verhindern, daß die „Deutsche Tageszeitung" hinten glatt widerlegt, was sie vorn schreibt, und hinten selber ausdrücklich bemerkt, was sie vorn den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt.

Wahlprüfungskommission.

Die Kommission beschäftigte sich mit dem Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Boning (2. Frankfurt-Soldin). Sie beschloß nach eingehender Beratung gegen die Stimmen der Konservativen, über verschiedene Protestbehauptungen Erhebungen anstellen zu lassen. Wenn die Angaben des Protestes erwiesen werden, so handelt es sich ohne Zweifel um eine grobe Wahlmache der Behörden. Es wird unter anderem behauptet, daß Ortsschulzen von Amts wegen genötigt worden seien, konservative Wahlaufrufe zu unterschreiben. Der Sekretär des Landrats soll das amtliche Telephon in den Dienst der konservativen Partei gestellt und er soll auf dem Landratsamt Wahlgelder ausgezahlt haben. Böning wurde im ersten Wahlgang mit 581 Stimmen Mehrheit gewählt.

Flickarbeit.

Minister Breitenbach erklärte im preußischen Abgeordnetenhause, er wolle der Fahrkartensteuer die Spitzen und Härten nehmen. — Bei dieser Flickarbeit kann nichts Gescheites herauskommen. Das einzigst richtige wäre die völlige Beseitigung der unsinnigen Fahrkartensteuer.

Österreich-Ungarn.

Eine blutige Wahl. Bei den Landtagswahlen kam es durch die fortgesetzten Provokationen der Schlachtschitzen in Lemberg zu größeren Zusammenstößen. Vor dem Wahllokal der Reaktionäre entstand eine Schlägerei. Der Abg. Battaglia und ein Student schossen aus Revolvern auf die Arbeiter; viele Arbeiter wurden verletzt. Die Arbeiter trieben die beiden Revolverhelden mit ihren Stöcken in die Flucht. Beide wurden leicht verletzt.

Die Wahlstimmen in Österreich. Über die ersten Wahlen unter dem allgemeinen Wahlrecht in Österreich liegen jetzt die amtlichen statistischen Zahlen vor. Danach verteilten sich die Gesamtstimmenzahlen auf die größeren Parteien wie folgt:

Sozialdemokraten	1 040 100
Christlichsoziale	554 935
Jungruthenen	303 854
Tschechische Agrarier	206 797
Deutschklerikale	193 412
Tschechischklerikale	182 383
Altruthenen	163 009
Polnische Volkspartei	162 361
Deutsche Agrarier	135 478
Polnische Konservative	131 705
Deutsche Volkspartei	127 064
Jungtschechen	116 559
Polnisches Zentrum	107 045
Polnische Nationaldemokraten	106 622
Deutschfortschrittliche	104 652
Ruthenische Bauernpartei	103 724

Diese 17 Parteien erhielten insgesamt 3 849 717 Stimmen oder 83 Proz. der in ganz Österreich abgegebenen gültigen Stimmen, so daß auf die große Zahl der übrigen kleinen Parteien nur 768 187 oder 17 Prozent entfielen.

Die sozialdemokratischen Stimmen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Nationen:

Deutsche Sozialdemokraten	515 988
Tschechische „	380 947
Polnische „	77 131
Ruthenische „	25 957
Italienische „	21 370
Slovenische „	5 310
Unbestimmbar	4 258
Dalmatinische Sozialdemokraten	139
Zusammen	1 040 100

Die Sozialdemokratie ist also allen anderen Parteien an Größe überlegen und ihre Anhänger befinden sich in allen österreichischen Kronländern. Daß die Zahl der Stimmen in Dalmatien so klein ist, liegt nur daran, daß dort keine sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt waren.

Die Rubrizierung der Wahlstimmen im amtlichen Bericht liefert ein drastisches Bild der in Österreich obwaltenden Parteizersplitterung. Die neuen Nationen weisen 78 verschiedene Parteien auf, welche auf den Wahlkampfplatz getreten sind. Von ihnen entfallen allein auf die Deutschen 22 die Tschechen 12, die Polen 11, die Slovenen 9, die Italiener 8, die Kroaten 6, die Ruthenen 4 die Rumänen 3, die Serben 2, Verschiedene 1; zusammen 78.

Rußland.

Erklärung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. „Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands erklärt hierdurch, daß die Partei in keinem Falle weder für die „Expropriationen" in Tiflis noch für andere „Expropriationen" verantwortlich gemacht werden kann. Auf dem letzten Parteikongreß wurde eine Resolution angenommen, die Expropriationen kategorisch untersagte. Das Zentralkomitee wird den vorliegenden Fall einer Untersuchung unterwerfen und sollte hierbei eine Verletzung der Parteiresolution konstatiert werden, so werden gemäß der Resolution die energischsten Maßregeln gegen die Schuldigen von der Partei angewendet werden."

Vereinigte Staaten.

Anarchistenhatz. In Chicago wurden dreihundert Anarchisten verhaftet, die ausgewiesen werden sollen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 5 März.

Zuzug von Gärtnern nach Lübeck ist streng fernzuhalten da sich die hiesigen Gärtnergehilfen im Streik befinden.

Zuzug nach der Grevesmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Sch. **Zur Lohnbewegung der Gärtner.** Gestern abend fand im Vereinshaus eine öffentliche Gärtner-Versammlung statt, in der zunächst die Situation klargelegt wurde. In die Kontrollisten sind 81 Streikende eingetragen, davon sind abgereist 6, zu den neuen Bedingungen arbeiten 3, es bleiben 72 Streikende am Orte. 7 sind in anderen Verbänden organisiert. 40 der Streikenden sind verheiratet und haben zusammen 58 Kinder. In Handelsgärtnereien sind 31 Kollegen ausständig, 16 stehen noch in Kündigung. Die Arbeitsniederlegung ist eine fast einmütige zu nennen; es sind im ganzen stehen geblieben 11 Mann. Die Arbeitgeber haben bis jetzt noch nicht merken lassen, daß sie zu allgemeinen Zugeständnissen bereit wären; allerdings versucht man durch Zugeständnisse an einzelne Leute einen Keil in die Bewegung zu treiben. Besonders bezeichnend hierfür ist ein gestern von der Firma Max Scheteligvormals Philipp Paulig, herausgegebener Lohntarif und

Arbeitsvertrag, der so echten reaktionären Kapitalistengeist atmet. (Wir werden denselben in den nächsten Tagen hier folgen lassen.) Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt in Anbetracht der außerordentlich günstigen Situation treu zur Organisation zu halten und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis unser Tarif angenommen ist oder aber uns durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation annehmbare Bedingungen geboten werden. Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem von der Firma Schelelig, vormals Paulig, angebotenen Lohntarif und Arbeitsvertrag. Sie verurteilt denselben entschieden und erklärt ihn für unannehmbar, ja für einen Schlag ins Gesicht für jeden Arbeiter." Mit einem begeisterten Hoch auf den Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein schloß die gut besuchte Versammlung.

Jahresbericht des Arbeiter-Turnvereins zu Lübeck. Im verflossenen Jahre fanden 13 Vorstandssitzungen, 8 Monats- und 4 Generalversammlungen statt. Der Besuch der Versammlungen sowie des Turnbodens war ein zufriedenstellender. Es turnten an 94 Abenden 3326 Angehörige der Männer- und Zöglings-Abteilung, 1043 von der Damen-Abteilung, 4279 von der Knaben-Abteilung und 2296 von der Mädchen-Abteilung. Die Vorturnerschaft turnte an 42 Abenden mit insgesamt 223 Vorturnern und 98 Aspiranten. Außerdem fanden 12 Sitzungen mit 114 Vorturnern statt. Turnfahrten wurden 7 gemacht, an welchen sich 472 Turner und Turnerinnen beteiligten. Die Abrechnungsvorlage ergab folgendes: die Einnahme betrug 1784,10 Mk., die Ausgabe 1677,90 Mk., somit verbleibt am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 56,20 Mk. Das Vereinsvermögen beträgt 1226,61 Mk. Der Mitgliederbestand war am Schluß des Jahres folgender: 92 von der Männer-, 57 von der Zöglings-, 24 von der Damen-, 62 von der Knaben- und 43 von der Mädchen-Abteilung. Dem Verein gehören insgesamt 248 Mitglieder an. Turnzeitungen wurden rund 9850 Stück bezogen. Nach der Inventur beträgt der Gesamtwert der Geräte und dergleichen rund 3200 Mk. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß der Arbeiter-Turnverein seit den Jahren seines Bestehens zufriedenstellende Fortschritte gemacht hat. Leider findet der Zweck des Vereins bei vielen unserer Arbeitsbrüder noch immer nicht die genügende Beachtung, obwohl ihr Beruf es schon verlangt, sich körperlich sowie geistig auszubilden; nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen, und daß jeder Arbeiter unter dem heutigen kapitalistischen Ausbeutungssystem alle Ursache hat, seinen Körper zur Aufnahme geistiger Nahrung zu pflegen, um sich wirtschaftlich wie politisch vom Druck des Kapitalismus zu befreien, das lehren uns immer mehr die Kämpfe, welche uns von seiten des Kapitalismus aufgedrängt werden. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiter mehr wie bisher dem Arbeiter-Turnverein ihre Beachtung schenken und ihren Beitritt zu demselben erklären. Dann kann auch die Zeit nicht mehr fern sein, in welcher diejenigen, denen der deutsche Turntag in Worms die Augen noch nicht geöffnet hat, ihren Platz im Arbeiter-Turnverein finden werden. Leider mangelt es an einer allen Bedingungen der Turnerei entsprechenden Turnhalle. Seit Jahren ist der Arbeiter-Turnverein sowie der Turnhallen-Bauverein bestrebt, sich ein eigenes Heim zu schaffen, aber es muß betont werden, daß dieses Bestreben nicht genügende Fortschritte macht. Es soll uns das jedoch nicht abhalten, sondern ein Ansporn sein, immer weiter zu arbeiten für die freie Turnbewegung.

Dem Jahresberichte über die Walderholungsstätte Wesloe entnehmen wir folgende Angaben: Die Erholungsstätte war geöffnet vom 8. Juli bis zum 1. Oktober. Es wurden im ganzen 63 Personen im Alter von 20 bis 70 Jahren verpflegt. Die Kosten der Verpflegung haben getragen, die Ortskrankenkasse zu Lübeck für 35 Personen, die Landes-Versicherungsanstalt für 20 Personen, die Armenanstalt für 4 Personen, der Sanitätsverband der freien Hilfskassen für 2 Personen, selbst 2 Personen. Die Kosten der Verpflegung beliefen sich auf täglich 1 Mk. für den Pfleglling. Außer dieser Verpflegung, die ein Liter Milch, ein Butterbrot, ein warmes Mittagessen mit Fleisch und Gemüse umfaßte, gewährte die Ortskrankenkasse noch 16 Pfleglingen täglich je 1 Liter Milch extra, 4 Pfleglingen täglich je ½ Liter Milch extra, die Landes-Versicherungsanstalt noch 1 Pfleglling täglich 1 Liter Milch extra. Die Landes-Versicherungsanstalt und die Armenanstalt haben für ihre Pfleglinge auch die Kosten der täglichen Beförderung nach und von der Erholungsstätte getragen. Die Beförderung geschah durch die Eisenbahn. Zu diesem Zwecke waren von der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft in dankenswerter Weise Wochenkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben worden. Wenn an die Stelle der Wochenkarten Tageskarten treten könnten, so würden auch die kleinen Mängel wegfallen, welche bei den stets von Montag bis Sonntag einschließlich lautenden Wochenkarten hinsichtlich der Bezahlung und Benutzung der Karten hervorgetreten sind. Das für die Einweisung der Pfleglinge in die Erholungsstätte als Vermittlungsstelle in Anspruch genommene Bureau der Ortskrankenkasse hat seine Aufgabe prompt und gewissenhaft erledigt. Von den 63 Pfleglingen der Erholungsstätte litten 54 an Lungenleiden, die übrigen waren Rekonvaleszenten und Herz- oder Nervenleidende. Die Pfleglinge der Landes-Versicherungsanstalt zeigten bei den Kontrolluntersuchungen nach Schluß des Aufenthaltes in der Erholungsstätte, soweit es sich um die zehn Fälle vorgeschrittener Lungentuberkulose handelte, hinsichtlich des örtlichen Leidens im allgemeinen keine sehr wesentlichen Veränderungen. Indessen war von diesen zehn Pfleglingen nur bei einem das Allgemeinbefinden garnicht beeinflußt und bei einem sogar verschlechtert, bei allen anderen war es zum Teil nicht unerheblich gebessert. Die übrigen zehn Pfleglinge der Landes-Versicherungsanstalt — meist Rekonvaleszenten nach schwerer Krankheit — machten in der Besserung sowohl ihres örtlichen Leidens als ihres Allgemeinbefindens durchweg gute Fortschritte. Faßt man alle Pfleglinge zusammen, so ist der Gesamteindruck des Erfolges ihres Aufenthaltes in der Erholungsstätte ein durchaus erfreulicher. Die höchste Gewichtszunahme hatte ein Kranker mit 7 Kilogr. in fünfzig Tagen. Im übrigen betrug die durchschnittliche Gewichtszunahme aller Kranken 2,95 Kilogr.

kig. **Gesundheitliche Aufklärung beim Wohnungswechsel.** Viel Not und Elend könnten vermieden werden, wenn der ausziehende Mieter bei Wohnungswechsel dem einziehenden Aufklärungen über die Wohnung gibt. Bei reellen Verhältnissen wird der Vermieter, wie in den „Blättern für Volksgesundheitspflege" sehr richtig hervorgehoben wird, durch eine derartige Aussprache in keiner Weise in seinen Interessen geschädigt, wohl aber werden dem neuen Mieter dadurch mancherlei Verluste an Geld und vielleicht auch an seiner oder der Seinigen Gesundheit erspart. Zu den gesundheitlichen Fragen, die von Wichtigkeit sind, gehört eine Aufklärung über die Besonnung der Zimmer, die Besonnungszeit, über die Erwärmung der Wohnung in den kalten und kühlen Jahreszeiten und über die ansteckenden Krankheiten, an denen die Bewohner im letzten halben Jahre gelitten haben; schließlich kommt es auch auf die Bezeichnung der Krankenzimmer selbst an. Wenn ein Schwindsüchtiger in den Räumen gewohnt hat, so müßte der Vermieter für eine gründliche Desinfizierung und Neutapezierung der Räume sorgen, ebenso aber auch der neue Mieter davon benachrichtigt werden, da es nicht ausgeschlossen ist, daß dieser gegen etwa zurückgebliebene Krankheitskeime besonders empfindlich ist. Wesentlich sind auch die Kinderkrankheiten, namentlich Masern, Scharlach und Keuchhusten, und besonders dann ist dem Mieter von dem Vermieter davon Kenntnis zu geben, wenn der Termin des Wohnungswechsels innerhalb des gesetzlichen Ausschlusses vom Schulbesuche fällt. Aber abgesehen von allem diesen wird durch die offene Aussprache und durch die dadurch bewirkte Kenntnis der besonderen Verhältnisse der neuen Wohnung eine gesundheitlich nicht zu unterschätzende Einteilung der Räume ermöglicht.

Abfindung von Unfallrentnern. Das Bestreben der Berufsgenossenschaften, die kleinen Renten von 10 und 15 Prozent ganz einzustellen, greift immer mehr um sich und es gelingt den Berufsgenossenschaften in sehr vielen Fällen, ihr Ziel zu erreichen und die kleine Rentenlast von sich abzuwälzen. Sie dürfen den Verletzten nur von einem Arzt untersuchen lassen. Wenn auch der Arzt feststellt, daß in den Verhältnissen, die für die Rentengewährung maßgebend sind, keine Veränderung eingetreten ist, so hat die Berufsgenossenschaft doch noch das Hilfsmittel der „Angewöhnung an die Unfallfolgen" zur Hand, von dem sie ohne Bedenken und mit sicherer Aussicht auf Erfolg Gebrauch machen kann. Unfallschäden, die mit 10 und 15 Prozent entschädigt werden, sind nach Ansicht der Berufsgenossenschaften nur unbedeutender Natur, auch dann, wenn der Verletzte einen wesentlichen Teil seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Und auch die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und das Reichsversicherungsamt legen den kleinen Verletzungen usw. keine allzugroße Bedeutung bei. Die Berufsgenossenschaften machen sich diese „Rechtsauffassung" zunutze, halten von Zeit zu Zeit Razzien ab und stellen in allen Fällen, in denen es ihnen halbwegs tunlich erscheint, die kleinen Renten ein. Die Verletzten können sich dadurch schützen, daß sie sich durch eine einmalige Kapitalzahlung abfinden lassen. Nach § 95 des Unfallversicherungsgesetzes können die Berufsgenossenschaften Verletzte, die Renten von 10 und 15 Prozent beziehen, auf Antrag mit einer einmaligen Kapitalzahlung abfinden. Vor der Abfindung ist die untere Verwaltungsbehörde zu hören. Wird von dieser Seite ein Einspruch nicht erhoben, so kann die Berufsgenossenschaft den Verletzten abfinden. Renten von mehr als 15 Prozent können nicht abgefunden werden. Als Abfindungssumme wird in der Regel der fünf- bis zehnfache Jahresbetrag der Rente gewährt, je nach dem Alter des Verletzten und der Art der Verletzung. Es empfiehlt sich, bei Stellung des Antrages etwas mehr zu verlangen, weil die Berufsgenossenschaften doch immer weniger bieten, als verlangt wird. Die Stellung des Antrages auf Abfindung kann den Verletzten auch noch aus einem anderen Grunde empfohlen werden. Unter den zehn- und fünfzehnprozentigen Renten befinden sich immer noch solche, die monatlich erhoben werden müssen. Die Verletzten versäumen durch die Unterschriftsbeglaubigung auf der Rentenquittung und das Abholen der Rente bei der Post, die nur während der üblichen Amtsstunden erfolgen kann, oft mehrere Stunden und wenn Umstände mitwirken, sehr oft auch einen halben Tag. Dadurch geht in manchen Fällen fast die halbe Rente für Zeitversäumnisse auf. Zu beachten ist noch, daß durch die Gewährung der Abfindungssumme jeder weitere Anspruch an die Berufsgenossenschaft für den in Betracht kommenden Unfall ausgeschlossen ist. In Fällen, in denen angenommen werden muß, daß später eine Verschlimmerung eintreten könnte, ist zu einer Abfindung nicht zu raten, weil die Nachteile, die der Verletzte durch die Abfindung erleidet, größer sein können als die Vorteile.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Güterrechtsregister. Am 4. März 1908 ist bezüglich der Ehe des Arbeiters A. H. E. Boldt und seiner Ehefrau K. M. E. geborenen Sterley in Lübeck eingetragen: Der Ehemann hat das Recht seiner Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Handelsregister. Am 4. März 1908 ist bei der Firma Norddeutsche Bürstenfabrik vorm. Liedtke u. Stolterfoht, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Lübeck eingetragen: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 11. Februar 1908 um 50 000 Mk. erhöht und beträgt jetzt 150 000 Mk., die §§ 1 2 und 5 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert und die §§ 6—9 neu hinzugefügt.

Aus dem Gerichtssaal. Daß Schulkinder zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden gehört leider in Lübeck nicht zu den Seltenheiten. Am Dienstag erkannte das Schöffengericht gegen das Schulmädchen B. auf zwei Wochen Gefängnis, weil dasselbe zwei Kindern Portemonnaies mit Geldbeträgen sowie einem anderen Mädchen 5 Pfg. weggenommen hat. Selbstverständlich verdienen derartige Vergehen Strafe; im Gefängnis wird man das Kind jedoch wohl in allerletzter Linie auf bessere Wege führen können. — Für einen vermögenden Mann gab sich der Kaufmann D. gegenüber einem Kaufmann Werg in Dorpot aus, bei dem er eine Fellsendung im Werte von 1030,32 Mk. bestellte. Die Felle wurden ihm auch übersandt, doch machte D. keine Anstalt Zahlung zu leisten, da er nichts besaß. Das Gericht verurteilte D. wegen Betruges zu 8 Monaten Gefängnis.

ph. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Espenhöhe, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahlverbrechens steckbrieflich verfolgt wurde.

Hansa-Theater. Der vorletzte Spielplan der gegenwärtigen Saison übt von Anbeginn an seine Anziehungskraft aus und die Vielseitigkeit desselben findet die gebührende Anerkennung seitens des Publikums. Tilly Verdier, die beim Lubecker Publikum beliebteste Soubrette, macht auch diesmal ihrem vortrefflichen Ruf alle Ehre, und wer auf dem Gebiete der Dressur etwas Meisterhaftes sehen will, dem kann der Besuch des Hansa-Theaters empfohlen werden. Die Pantomime des Phonies Kompanie ist ein weiterer Anziehungspunkt der großartigen Serie.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Freitag beschließt Maria Reisenhofer ihr Gastspiel als Hertha im Blumenthals Lustspiel „Ein Tropfen Gift". Als volkstümliche Vorstellung wird neu einstudiert Sonnabend „Philippine Welser" in Szene gehen. Eine besonders interessante Doppelvorstellung zu einfachen Preisen wird Sonntag stattfinden. Zuerst wird die Operette „Der Zigeunerbaron" gegeben, hierauf der erfolgreiche Schwank „Panne".

Bremen. Verurteilte Räuberbande. Angeregt durch die massenhaft verbreiteten Räubergeschichten, sowie durch kinematographische Aufführungen usw., beschloß seinerzeit der 21jährige Malergehilfe Wilhelm Kohlmeier eine Räuberbande zu gründen, fand drei Komplizen und wurde Anführer der Diebesbande, der im ganzen über fünfzig Einbrüche zur Last gelegt werden. Die Kinematographen wurden, wie man dem „Hann. Cour." schreibt, regelmäßig von den jugendlichen Verbrechern besucht, um neue „Anregungen" zu erhalten, ja, die Bande reiste selbst nach Hamburg, um dort in den Kinematographentheatern etwas „Nachahmenswertes" zu erspähen. Das Gericht verurteilte W. Kohlmeier zu 5 und seine Genossen zu 2 bis 4 Jahren Zuchthaus.

-r. **Oldenburg.** Landtag. Nicht weniger als dreizehn Punkte standen am Mittwoch zur Verhandlung. Als erster Gegenstand wurde über eine Vorlage der Regierung, betreffend die regulativmäßige Anstellung von 8 Katasterzeichnern verhandelt. Da es mit den zurzeit hierfür vorhandenen Beamten nicht möglich ist, die mit jedem Jahr zunehmenden Vermessungs- und Kartierungsarbeiten zu bewältigen, wurde die Vorlage vom Landtage ohne Debatte genehmigt. Desgleichen wurden die Finanzgesetze für alle drei Landesteile in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Dann wurde über die Änderung des Staatsgrundgesetzes betreffend Wahlgesetz verhandelt. In erster Lesung wurde bekanntlich mit großer Mehrheit beschlossen, die dreijährigen Legislaturperioden beizubehalten. Zur zweiten Lesung brachte die Regierung einen Antrag ein auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also fünfjährige Legislaturperioden. Im Ausschusse erklärte die Regierung, falls der Landtag in zweiter Lesung ihren Antrag ablehne, sie hieran die ganze Vorlage scheitern lasse. Auf Grund dieser Erklärung fielen nach kurzer Beratung im Ausschusse alle liberalen Mannen um und schlüpften durch das kaudinische Joch der Regierung. Und so ging es auch im Landtage, der Regierungsantrag wurde nämlich mit großer Mehrheit angenommen. Der Abgeordnete Falz hatte dann einen Antrag zur zweiten Lesung gestellt, nach welchem im Art. 116, Ziff. 2, folgender Absatz eingefügt werden sollte: „Desgleichen die Personen, welche in dem nach § 915 der Zivilprozeßordnung und § 107, Abs. 2 der Konkursordnung geführten Verzeichnis eingetragen stehen, so lange bis die Eintragung gelöscht ist." Der Antrag bedeutet eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Bei der Abstimmung hierüber ergab sich Stimmengleichheit, 16 für und 16 dagegen, folglich mußte die Abstimmung wiederholt werden, was in der Nachmittagssitzung geschehen sollte. Es wurden dann Eisenbahnsachen verhandelt. 1. wurden 800 000 Mk. bewilligt zur Verlegung des Rangierbahnhofs von Oldenburg nach Osternburg und zum Umbau desselben; 2. bewilligte der Landtag 404 000 Mk. zur Anlegung von Gleisen auf dem Bahnhof Bremen-Neustadt. Eine Petition über Errichtung einer Haltestelle und Verladestelle in Garthe wurde der Regierung zur Prüfung überwiesen. Zu einer schärferen Auseinandersetzung kam es beim Punkt 7 der Tagesordnung: Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Heranziehung der juristischen Personen und der Forensen zu den Steuern der evangelischen und katholischen Kirche. Eine Minderheit, Schulz und Zeidler, hatten Ablehnung des Gesetzentwurfs beantragt. Sie begründeten ihren Standpunkt damit, daß die Religionsgemeinschaften ihre Lasten nur auf ihre Bekenntnisangehörigen umlegen dürfen; die Minderheit betrachtet das Gesetz als ein Ausnahmegesetz gegen Genossenschaften, Kommanditgesellschaften usw. Für den Antrag der Minderheit stimmten 10 Abgeordnete, das Gesetz wurde also mit 23 Stimmen angenommen. Alsdann wurden die Anträge 1 und 2 der Anlage 58, über welche wir bereits berichtet haben, sowie die Vorlage überhaupt zur Beratung gestellt. Hier entspann sich eine rund 2 Stunden währende Debatte. Insbesondere waren es die Vertreter des schwarzen Münsterlandes, welche sich für die von ihnen gestellten Anträge betr. Aufnahme von 6 Feiertagen, die auf einen Wochentag fallen, in das Gesetz, ins Zeug legten. Darauf wurde die Sitzung auf 4 Uhr nachmittags vertagt.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 4. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,35 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,70 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stück —0,60 Mk., Gänse Pfd. 80 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 85—95 Mk., Schweinskopf Pfund 45 Pfg., Wurst Pfd. 1,25 Mk., Eier 10 Stck. 60 Pfg., Heringe genügend, Dorsche genüg., Süßwasserfische genügend, Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. —,— Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 — Pf., Aal Pfd. —100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. 60—70 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 4. März.

Weizen, 119—127 Pfd. holl. 190—203 Mk. **Roggen** 116—123 Pfd. holl. 180—192 Mk. **Hafer** nach Qualität 140—155 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste**, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

4 März.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 776 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 52—52½ Mk., leichte 51—52 Mk., Sauen 47—51 Mk. und Ferkel 46—50 Mk. pro 100 Pfund.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 4. März.

1. Klasse 271 Drittel zu 128,80 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 19 „ „ 124,68 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lowigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen!

Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Morgen Freitag abend 8½ Uhr.

Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen entschlief sanft nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder und Schwager, der Wirt

Hermann Burmester

im 36. Lebensjahre.

Aufs Tiefste betrauert u. schmerzlichst vermißt von den Seinen.

Dorothea Burmester, geb. Funk.
Hans Burmester u. Frau, gb. Schnoor.
Dorothea Funk Ww.

Lübeck, den 4. März 1908.

Die Beerdigung findet am Montag, den 9. d. M., vorm. 11½ Uhr, von der Kapelle (Burgtor) aus statt. Beginn der Trauerfeier 11¼ Uhr.

H. Oelke zum 45. Geburtstage ein 999 mal donnerndes Hoch, daß die ganze Lützowstraße wackelt. Nur rare mal.

Ein freundliches, straßenwärts gelegenes Parterrezimmer, passend für 2 junge Leute. Gewerdesstraße 26, part.

Ein Zimmer an ein oder zwei junge Leute oder Mädchen zu vermieten. Sedanstraße 21.

Eine kleine Wohnung zum 1. April zu vermieten Hundestraße 99.

Durch Zufall **eine kleine Wohnung,** Preis 90 Mk. Näheres Mittelstraße 30.

Gesucht zum 1. April **Zweizimmerwohnung** von ruhigen Leuten mit 1½ Jahr altem Kind. Off. u. **W 27** an die Exped. d. Bl.

Ein Damen-Maskenkostüm billig zu vermieten Warendorpstraße 3.

Ein flotter Damen-Maskenanzug billig zu vermieten Segantstraße 25, I.

Flottes Damenmaskenkostüm (matrosin) zu vermieten Brockesstraße 42, pt.

Elegantes seidenes Damenmaskenkostüm (Schellenkönigin) billig zu vermieten Engelsgrube 40, II.

Zwei Maskenanzüge (Soubrette u. Spielerin), **ein Herren-Maskenanzug** (Till Eulenspiegel) billig zu vermieten Engelswisch 47, I.

Saubere Maskengarderobe für Herren und Damen in großer Auswahl billig zu vermieten. **Willi Heuer,** Hüllerbrook 14, Hochparterre im Hinterflügel.

Gesucht zum 1. Mai **ein ordentliches, sauberes Mädchen** zu häuslichen Arbeiten. Oberstraße 12, I.

Gesucht per sofort event. 1. April **2 zuverlässige**

Kutscher

in Ziegelei und Landbetrieb.
W. Möller, Baugeschäft,
Stockelsdorf bei Lübeck.

Herrschaftl. u. einfaches Mobiliar sof. ev. bis Mai für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen, als: Plüschgarn., Vertikow, Spiegel mit Schrank, Salongarn., Schreibtisch, Trum., Salon- und Ausziehtisch, Bettstellen, Kleiderschrank, Waschtisch, Teppich, Bilder u. versch. mehr. Wakenitz, 83, ptr. links.

Empfehle
Prima Schweinefleisch
Pfund 60 Pfg.
sowie sämtliche
Fleisch- und Wurstwaren
in bester Qualität.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Heisse Knackwurst.
Karl Kühn
Schlachterei u. Wurstmacherei
Warendorpstraße
Ecke Schwartauer Allee.
Fernsprecher 1195.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Lübeck 10.
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlafferhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Jodpurs-Hosen	1,68—3,25

feinste Jacken, schräge und gerade, 1,28 Hosen, Hemden, Schlafterjacken, Fritzenjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 50 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Ein Wagen, passend für Händler, billig zu verkaufen. Fackenburg 97.

Zu verkaufen ein großer **Edison-Phonogr.** mit messf. Rohr, Ständer, ca. 45 Walzen und Zubehör. Josephinenstr. 28c.

Billig zu verkaufen ein moderner **Sportwagen** mit Gummireifen und Verdeck. Attendornstraße 18.

Kanarienhähne, fleißige Sänger, Stück v. 6 Mk. an, sowie eine **Kaiserbüfe,** Wilhelm I. zu verk. Wahnstraße 62, ptr.

Zu verkaufen 2 Zugänger.
F. Faasch, Stockelsdorf.

Am Donnerstag, den 27. Febr., im Vereinshaus im kleinen Saal ein **Schirm** vertauscht. Da die Frau erkannt ist, bitte das. umzut.

Guter Privat-Mittagstisch à 60 Pfg.
Georgstr. 37, II., nahe Hansatheater und Moislinger Allee.

Größte und leistungsfähigste
Besohlanstalt am Orte: Gewerdesstr. 34.
Ohne Konkurrenz! Herrensohlen 1.70 Mk. Damensohlen 1.20 „
Alle anderen Reparaturen billig.
G. Wulff.

Reclam's Bibliothek
in Taschenformat.
à Bändchen 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 6. März,
abends 8¼ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Genossen Weyers über: Partei und Gewerkschaft.
3. Wahl eines Revisors.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung!
Zentralvb. d. Maurer!

Bau-Delegierten-Sitzung
am Freitag, den 6. März, abds. 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Das Erscheinen aller Baudelegierten ist dringend notwendig. Wo kein Baudelegierter ist, muß sofort einer gewählt werden.
Der Vorstand.

Achtung!
Bauarbeiter Lübecks!

Versammlung
am 6. März 1908
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von d. Bauarbeiterschutzkonferenz.
3. Kartellbericht.
4. Innere Verbandsangelegenheit.

Um recht rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Wakenitz-Bellevue
Heute Donnerstag, den 5. März 1908:
Familien-Abend.
Anfang 8 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Fürböter.

Hansa-Theater
Variété I. Ranges.
Eine schreckliche Nacht
Pant.
Tilly Verdier — Guitano Co. — Photes Co. — Ludwig Glaser — Bros. Larsen — François Rivoli — Kabaretts — D' Osta-Trio — Kind-Spielzeug — Marg. Milair — Hansa-Bioskope — Fleg. Menschen
Vorverkauf bei **Sager** bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Plorkowski.**
Freitag, den 6. März. 8 Uhr.
114. Abon.-Vorst. 23. Freit.-Abon.
Letztes Gastspiel Maria Reisenhofer vom Neuen Theater, Berlin.
Ein Tropfen Gift.
Lustspiel in 4 Akten v. Osk. Blumenthal.
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Philippine Welser.
Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise.
Der Königsleutnant.
Abends 7 Uhr: Doppelvorstellung.
Zigeunerbaron. Hierauf: **Panne.**

Kerstens Glück ist kolossal!

Nachdem meiner von besonderem Glück begünstigten Hauptkollekte der

Schlesw.-Holst. Landes-Industrie-Lotterie

in vorjähriger Lotterie u. a. der

6. Hauptgewinn 7. Klasse
1 Büffet aus Eichenholz, Wert 510 Mk. auf No. 81

zufiel, erhielt meine Glückskollekte heute außer anderen Gewinnen abermals den

1. Hauptgewinn 1. Klasse

1 Mobiliar aus Eichenholz für 1 Schlafzimmer: 2 Bettstellen, 1 Schrank mit Spiegel, 1 Waschtisch mit Marmorplatte und Spiegelaufsatz, 2 Nachtschränke mit Marmorplatten, 2 Stühle, 2 Patentmatratzen, 2 Auflegematratzen mit Kopf und Fußkissen und 2 Schutzdecken,

im Wert von 810 Mk. auf No. 1436.

Außerdem wurden meiner Hauptkollekte in den letzten Lotterien neben vielen anderen kleineren Gewinngegenständen noch nachstehende Hauptgewinne zu teil:

4. Hauptgewinn	6. Klasse:	1 Mobiliar für ein Speisezimmer, eiche	Wert	620	Mk.
5. „	6. „	1 Bücherschrank, nußbaum	„	350	„
4. „	3. „	1 silb. Tafelausstattung	„	350	„
4. „	1. „	1 Mobiliar für eine Küche, Föhrenholz,	„	247	„
7. „	6. „	1 Herrenfahrrad m. Freilauf, Glocke u. Laterne,	„	160	„

In Anbetracht meiner großen Glückserfolge empfiehlt es sich, einen Glücksversuch in meiner Kollekte zu machen und offeriere:

Lose 2. Klasse à Mk. 2.50,

für alle 7 Klassen 20 Mk. Klassenweise Bezahlung. Kostenfreie Zustellung ins Haus.

Hermann Kersten,

konzess. Hauptkollekte der Schlesw.-Holst. Landes-Industrie-Lotterie
obere Hüxstraße 8. **Lübeck.** Fernsprecher 1009.

Kerstens Glück ist kolossal!

Die
Geldknappheit
zwingt die Hausfrauen zu sparen.

Naturbutter kostet
per Pfund Mk. 1.50 bis 1.60.

„Siegerin“
-Margarine von **Butter** nicht zu unterscheiden, und

„Mohra“
-Margarine bester **Butter**-Ersatz, sind 60 bis 100 Prozent billiger als

Naturbutter.

Achtung Maurer!

Außerordtl. Mitglieder-Versammlung

der Zentral-Krankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“
am Freitag, den 6. März, abends 8 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Wahl zweier Delegierten zur Generalversammlung in Hamburg.
2. Statutenberatung und Beitragserhöhung.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 55. Donnerstag, den 5. März 1908. 15. Jahrg.

Die Kriegsrüstung der baugewerblichen Scharfmacher.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe richtete unterm 23. Februar folgendes Schreiben an die Vorstände der Arbeitgeberverbände des Baugewerbebundes:

„An die Vorstände der Arbeitgeberverbände im deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe!

Die Generalversammlung unseres Bundes in Hannover vom 18. und 29. Februar 1908 hat in bezug auf den Abschluß der neuen Arbeits-(Tarif-)verträge zum Frühjahr d. J. mit Einstimmigkeit die folgenden wichtigen Beschlüsse gefaßt; nämlich: daß an dem vom deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herausgegebenen Vertragsmuster nichts geändert werden dürfe, und daß falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April laufenden Jahres die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen.

Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß bei eintretender Arbeitseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehendste Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.

Zur Vorbereitung der Durchführung der Beschlüsse ist es erforderlich, daß die in Vertragsverhandlung stehenden oder nunmehr eintretenden Verbände bis spätestens 25. März d. J. den Bundesvorstand über den Verlauf und den Stand der Verhandlungen unterrichten, damit ein Bild über die Gesamtlage gewonnen werden kann. Der Bundesvorstand wird in den letzten Tagen des Monats März zusammentreten, um die im Sinne des Generalversammlungsbeschlusses zu treffenden Ausführungsmaßnahmen endgültig festzustellen, worauf das Ergebnis der Sitzung allen Verbänden sofort mitgeteilt wird. Zur unbedingten Durchführung des bereits früher beschlossenen Grundsatzes, daß alle Verträge nur vorbehaltlich der Genehmigung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgeschlossen werden dürfen und daß sie dessen Zustimmung erst dann erlangen, wenn über sämtliche Verträge eine Einigung erzielt ist, hat die Generalversammlung noch einen Genehmigungsvermerk, der jene Tendenz besonders zum Ausdruck bringen soll, einstimmig angenommen, und zwar mit folgendem Wortlaut:

Die Genehmigung für diesen Vertrag ist nur im Zusammenhange mit allen anderen Vertragsgenehmigungen erteilt. Es ist durchaus notwendig, daß dieser Genehmigungsvermerk allen zum Abschluß kommenden Verträgen, und zwar bereits vor der Unterschrift durch die Vertragschließenden hinzugefügt wird, um den Arbeitnehmerorganisationen nicht die Möglichkeit eines Widerrufes der Vertragsunterschrift zu geben; ein solcher Widerruf aber wäre nicht unberechtigt, wenn man den Arbeitnehmerorganisationen die Kenntnis dieses Vermerkes, der die Willensmeinung beim Vertragsabschluß zu beeinflussen geeignet ist, vorenthalten wollte. Als selbstverständlich ist im übrigen zu beachten, daß nicht nur die mit den freien Gewerkschaften, sondern auch die mit jeder anderen Gewerkschaft abgeschlossenen Verträge der Genehmigung des Bundesvorstandes bedürfen und daß die Zustimmung auch in diesen Fällen erst nach erfolgter Einigung über sämtliche Verträge erteilt werden darf.

Im Hinblick auf jene Verhältnisse, die mit absoluter Sicherheit eintreffen, falls der Abschluß der Verträge nicht zustande kommt, machen wir schon jetzt die vertragslosen Verbände darauf aufmerksam, daß auch sie nach Punkt 3a der von der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. August v. Js. genehmigten taktischen Grundsätze gehalten sind, allen Maßnahmen des Bundes hinsichtlich Aussperrung usw. strikte nachzukommen.

Obgleich wir hoffen, daß sich die Gewerkschaftsleitungen nach Bekanntwerden der mit so großer Einmütigkeit gefaßten Beschlüsse unserer Generalversammlung in Hannover geneigter zeigen werden, die Tarifverträge auf der Basis des Vertragsmusters abzuschließen, so muß doch auch mit dem Gegenteil und der dadurch notwendig werdenden Schließen unserer Geschäfte gerechnet werden. Wir ersuchen deshalb die Verbände, diese Eventualität schon jetzt ins Auge zu fassen und die Vorbereitungen zur Einstellung der Arbeiter sowie überhaupt alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Kampf in kürzester Zeit zugunsten der Arbeitgeber durchzuführen. Wir empfehlen insbesondere, die noch außerhalb der Verbände stehenden Kollegen für unseren Bund zu gewinnen, mit den Baumaterialienhändlern Vereinbarungen wegen Nichtlieferung an Außenstehende zu treffen, bei Übernahme von Arbeiten auf Einfügung der Streikklausel Bedacht zu nehmen usw.

Schließlich teilen wir noch mit, daß in Ausführung des Punktes 1b der von der außerordentlichen Generalversammlung am 21. Oktober v. J. angenommenen taktischen Grundsätze der Vorstand beschlossen hat, daß die nach dem Frühjahr 1908 ablaufenden Verträge drei Monate vor dem Ablauftermine zu kündigen sind und daß die Verhandlungen über die neu abzuschließenden Verträge auf derselben Grundlage, d. h. nach den von der außerordentlichen Generalversammlung erteilten Direktiven, zu erfolgen haben.

Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Verbände und überhaupt alle Fachgenossen gerade jetzt, wo das deutsche Baugewerbe vielleicht am Vorabend großer Ereignisse steht, in allem ihrem Tun und Lassen voll eingedenk sind jenes oft und doch auch genug betonten Wortes:

Einigkeit ist Macht!

Hochachtungsvollst

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

gez.: Felisch."

Dieses nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Zirkular beweist, daß die baugewerblichen Scharfmacher den Kampf unter allen Umständen wollen. Sie finden die Arbeiter gerüstet!

Soziales und Parteileben.

Nationale Schwindelgänse. Der Kampf um die am 4. März stattfindende Vertreterwahl für die Ortskrankenkasse in Chemnitz hat einen Verleumdungsfeldzug der Nationalen gezeitigt, wie er ärger noch bei keiner Reichstagswahl zurage getreten ist. Es ist da in einem nationalen Flugblatt behauptet worden, die Kassengelder seien von dem sozialdemokratischen Vorstand vergeudet worden. Zum Beweis wird auf das Festmahl hingewiesen, daß anläßlich der Einweihung des Genesungsheims in Grünhain stattfand. Dort seien 23 Gänse verschmaust worden. In dem zweiten Flugblatt werden aus den 23 Gänsen aber schon 23 Pfund Gänsefleisch. Auf dieses Schwindelmanöver antwortet nun ein Flugblatt des Chemnitzer Gewerkschaftskartells folgendes: „Da aber die nationale Gesellschaft nicht angibt, bei welcher Gelegenheit und um welchen Zeitpunkt die „Festivität" in Grünhain stattgefunden hat, zu der man ganz unglaublicherweise die „Nationalen" nicht einmal eingeladen hatte, so sind wir auf das offizielle Organ des Rates der Stadt Chemnitz, auf das „Chemnitzer Tagebl.", angewiesen. Das „Tagebl." weiß nun darüber zu melden: „Ein gemeinschaftliches Mittagsmahl vereinigte sodann die aus 36 Personen bestehenden Festteilnehmer im Speisesaale der Anstalt. Hierbei gedachte zunächst der stellvertretende Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Eulitz, der erschienenen Gäste, für die Herr Oberbürgermeister Dr. Beck mit dem Wunsche, daß sich die Ortskrankenkasse stets als eine Wohltäterin der notleidenden Mitbürger wie heute beweisen möge, dankte." Neben dem Oberbürgermeister Dr. Beck war Herr Regierungsrat Dr. Raschke, damals in Dresden Festteilnehmer, ferner waren Mitesser Herr Kaufmann G. Eberhard-Chemnitz als Vertreter des Albertzweigvereins, Stadtrat Friedrich-Grünhain und eine Abordnung des dortigen Stadtgemeinderats, Dr. Neumann-Grünhain, Professor Torge, Landschaftsgärtner Zeuner, Baumeister Ficker aus Grünhain und die Vertreter der Presse, Herr Rechtsanwalt Eulitz, Buchbindermeister Herrfurth und unter anderem — Herr steh' mir bei! — der Buchdruckereibesitzer Alexander Wiede —, der Drucker der nationalen Verleumdungsflugblätter, hat auch feste auf Kosten der Kasse mitgegessen, und auch — wahrscheinlich in feucht-fröhlicher Stimmung — einen Toast ausgebracht. Daß der nationale Drucker deshalb besonders geeignet erscheint, über die „Fresserei" in Grünhain in den nationalen Flugblättern zu schimpfen, bedarf wohl keiner weiteren Untersuchung. Da, wie von den Nationalen behauptet wird, der Assessor Dr. Friedrich und sein Herr und Meister, Stadtrat Schwamkrug, eine Untersuchung eingeleitet hat — Oberbürgermeister Dr. Beck ist inzwischen Kultusminister, Dr. Raschke inzwischen Oberregierungsrat geworden —, werden wir als getreue Untertanen, die wohl wissen, daß sie Steuern zu zahlen haben, und daß im übrigen Ruhe die erste Bürgerpflicht ist, bis Beendigung der Untersuchung nicht stören." — „Die Kampfmittel der „Nationalen" werden immer schäbiger. Die Chemnitzer Arbeiterschaft hat es in der Hand, am Mittwoch bei der Vertreterwahl die richtige Antwort auf die nationalen Schwindelmanöver zu erteilen.

Polizei und Streikende. In Braunschweig streiken zurzeit die Spezialarbeiter der Blechwarenfabrik von Unger u. Sohn, deren Inhaber, ein Reserveleutnant, die organisierten Arbeiter aus dem Betriebe herauszumaßregeln und dafür die Organisation der Gelben zu stärken versucht. Zu den Streikenden gehören auch einige österreichische Arbeiter. Und diese hat sich die Braunschweiger Polizeidirektion mit einer Schnelligkeit aufs Korn genommen, die man nur den klassenbewußten Arbeitern gegenüber kennt. Am 24. Februar traten die Arbeiter in den Streik und wunderbar, bereits am 27. Februar zog die Polizeidirektion ihre Register gegen die streikenden Österreicher auf. Zwei derselben erhielten folgenden Ausweisungsbefehl:

Herzogl. Polizeidirektion. Nr. 2128. III.

Braunschweig, den 27. Febr. 1908.

Auf Grund des § 28 Absatz 2 des Landgrundgesetzes vom 12. Oktober 1832 wird Ihnen der Aufenthalt im Herzogtum damit untersagt. Sie haben binnen drei Tagen das diesseitige Staatsgebiet zu verlassen. Sollten Sie nach Ablauf dieser Frist im Herzogtume angetroffen werden, so haben Sie die Vollstreckung einer Haftstrafe von drei Tagen zu gewärtigen.

v. d. Busch.

Behändigt am 29. II. 1908.

Hartung, Polizeisergeant.

Beide von der Ausweisung betroffenen Arbeiter sind völlig unbescholtene Leute und schon jahrelang in Braunschweig aufhältlich. Keiner von ihnen ist bis jetzt bestraft, sie haben aber das in den Augen der Polizei so schwere „Verbrechen" begangen, sich einer Organisation anzuschließen und von dem gesetzlich gewährleisteten Streikrecht Gebrauch zu machen; ehrlos, wenn sie als organisierte Arbeiter anders gehandelt hätten! Die Ausweisung ist zwei-

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(1. Fortsetzung.)

Der Oberst und Miß Nevil fanden es eigentümlich, daß es auf Korsika Familien gebe, in denen die Korporalschaft, gleichsam erblich, vom Vater auf den Sohn übergehe; aber da sie glaubten, es sei hier die Rede von einem Korporal der Infanterie, beruhigten sie sich mit der weiteren Voraussetzung, daß es irgend ein armer Teufel sein würde, den der Patron aus Erbarmen mitnehmen wolle. Wäre es ein Offizier, dann würde man gezwungen sein mit ihm zu reden und mit ihm in Verkehr zu treten; aber einem Korporal gegenüber hatte man gar keine Verbindlichkeiten; der ist ein Geschöpf, das nicht in Betracht kommt, außer, wenn er an der Spitze seiner Mannschaft mit dem Bajonett auf dem Gewehre dasteht, um jemandem nach einem Orte abzuführen, wohin er nicht von selbst gehen würde.

„Ist Ihr Verwandter zur Seekrankheit geneigt?" fragte Miß Nevil in trockenem Tone.

„Davon weiß er nichts, Fräulein; zur See wie zu Lande ist er felsenfest."

„Nun gut! so könnt Ihr ihn mitnehmen," sagte sie.

„Ihr könnt ihn mitnehmen," wiederholte der Oberst, und sie setzten ihre Promenade fort.

Um fünf Uhr abends fand der Kapitän Matei sich wieder ein, sie an Bord des Schiffes zu holen, das sogleich abfahren sollte. Am Hafen, bei dem Boot des Kapitäns, sahen sie einen hochgewachsenen, jungen Mann stehen, der einen bis an das Kinn hinauf zugeknöpften blauen Überrock trug. Seine Gesichtsfarbe war gebräunt, er hatte schwarze, lebhafte und schön geschnittene Augen und in seiner ganzen Erscheinung sprach sich ein offenes, intelligentes Wesen aus. An der zurückgebogenen Haltung seiner Schultern und an seinem zierlich gekräuselten Schnurrbart erkannte man es sofort, daß er dem Militär angehöre; denn in dieser Zeit war es noch nicht so allgemein Mode geworden, einen Schnurrbart zu tragen, wie auch militärische Haltung und Gewohnheiten durch die Nationalgarde noch nicht überall in den Familien verbreitet waren.

Als der junge Mann den Obersten erblickte, zog er seine Mütze ab und dankte ihm in einfachen aber gut gewählten Ausdrücken für die ihm bewilligte Erlaubnis.

„Bin erfreut, Ihnen nützlich sein zu können, mein Sohn," sagte der Oberst, und in das Boot tretend gab er ihm mit dem Kopfe nickend ein Zeichen des Wohlwollens.

„Euer Engländer macht nicht viele Umstände," flüsterte der junge Mann auf italienisch dem Patron zu.

Statt der Antwort legte dieser den Zeigefinger unter das linke Auge und zog die beiden Mundwinkel herab, was für den der Zeichensprache Kundigen die Bedeutung hatte, daß der Engländer italienisch spreche, und daß er überhaupt ein sonderbarer Kauz sei. Der junge Mann lächelte und legte in Erwiderung auf die von Matei gemachten Zeichen seinen Finger an die Stirn, als ob er ihm hätte sagen wollen, daß die Engländer alle hier einen Strich weg hätten. Dann aber setzte er sich ruhig neben den Patron und betrachtete mit großer Aufmerksamkeit, aber ohne unbescheiden zu sein, seine anmutige Reisegefährtin.

„Die französischen Soldaten haben eine vortreffliche Haltung," sagte der Oberst auf englisch zu seiner Tochter, „auch lassen sich leicht Offiziere aus ihnen machen."

Gleich darauf wandte er sich in französischer Sprache an den jungen Mann:

„Sagen Sie mir, mein Lieber, in welchem Regiment haben Sie gedient?"

Dieser versetzte seinem Nachbar einen leichten Stoß mit dem Ellbogen und antwortete, indem er ein spöttisches Lächeln unterdrückte, daß er unter den Garde-Jägern gedient habe und jetzt dem Infanterie-Regiment Nr. 7 zugezählt sei.

„Waren Sie bei Waterloo? Sie sind wohl noch zu jung dazu."

„Verzeihen Sie, Herr Oberst, dies war mein erster Feldzug."

„Er zählt doppelt", sagte der Oberst.

Der junge Korse biß sich auf die Lippen.

„Papa", sagte Miß Lydia auf Englisch, „fragen Sie ihn doch, ob die Korsen ihrem Bonaparte sehr anhänglich sind?"

Noch ehe der Oberst die Frage ins Französische übersetzen konnte, antwortete der junge Mann, wenn auch mit etwas schwerfälliger Aussprache in ziemlich gutem Englisch:

„Wie Sie wissen, mein Fräulein, gilt kein Prophet in seinem Vaterlande. Wir, die wir Napoleons Landsleute sind, verehren ihn vielleicht weniger als die Franzosen. Ich aber, obgleich meine Familie ehemals mit der seinigen in Feindschaft lebte, ich liebe und bewundere ihn."

„Sie sprechen Englisch?!" fiel der Oberst lebhaft ein.

„Sehr schlecht, wie Sie gehört haben."

Obgleich Miß Lydia sich von seinem zwanglosen Wesen etwas unangenehm berührt fühlte, konnte sie sich doch des Lachens nicht erwehren, als sie von einer persönlichen Feindschaft zwischen einem Korporal und einem Kaiser hörte. Sie glaubte darin einen Vorschmack der korsischen Eigentümlichkeiten zu erkennen und nahm sich innerlich vor, diesen Umstand als etwas Merkwürdiges in ihrem Tagebuche zu verzeichnen.

„Sie sind vielleicht als Gefangener in England gewesen", fragte der Oberst.

„Nein, Herr Oberst, ich habe die englische Sprache, als ich noch sehr jung war, in Frankreich von einem Gefangenen Ihrer Nation gelernt."

Sich an Miß Nevil wendend, fuhr er fort:

„Matei hat mir gesagt, mein Fräulein, daß Sie eben aus Italien zurückgekehrt sind. Sie sprechen also gewiß das reinste Toskanisch, und da fürchte ich, daß Sie einige Mühe haben werden, unsern korsischen Dialekt zu verstehen."

„Meine Tochter versteht die italienischen Dialekte alle", erwiderte der Oberst; sie hat ein großes Sprechtalent. Mit mir sieht's anders aus."

„Würde das Fräulein z. B. die folgenden Zeilen eines unserer korsischen Lieder verstehen? Ein Schäfer spricht zu einer Schäferin:

S'entrassi 'noru paradisu santu, santu,
E nun truvassi a tia, mi n'esciria."*)

Miß Lydia verstand, und das Zitat erschien ihr etwas gewagt; mehr noch der dasselbe begleitende Blick. Errötend antwortete sie darauf: „Capisco."

„Sie haben wohl auf längere Zeit Urlaub genommen?" fragte der Oberst.

*) Selbst aus dem heil'gen, heil'gen Paradiese
Würd' ich entfliehn, wärst du nicht dort zu finden.
(Serenade von Zicavo.)

fellos auf Verlangen des bestreikten Unternehmers erfolgt. Denn in der Fabrik war es sofort bekannt, daß die Arbeiter ausgewiesen werden sollten. Beide Arbeiter haben längere Zeit in dem bestreikten Betriebe gearbeitet. Erst als sie als Ehrenmänner sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärten, wurden sie nach der Polizeimoral als „gefährlich" für das Staatswohl, d. h. für den Unternehmer, betrachtet. Schockweis laufen ausländische Roheits-, Sittlichkeits- Eigentumsverbrecher in Braunschweig umher. Alle die Handlungen dieser „Ehrenmänner" sind der Polizei nicht so gefährlich, wie die Benutzung des Streikrechts durch die völlig unbescholtenen, organisierten Arbeiter. Um diese zu beseitigen, grub man ein altes, aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammendes Gesetz aus, das folgenden Wortlaut hat: „Fremde während ihres Aufenthaltes im Staatsgebiete genießen den Schutz der Gesetze und sind zu deren Beobachtung verpflichtet. Die Verwaltungsbehörden entscheiden, ob und wie lange ihnen der Aufenthalt zu gestatten sei." Gegen irgend welche Gesetze haben sich die Ausgewiesenen nun zwar nicht vergangen, aber gehängt werden sie doch, weil sie sich gegen die heilige Autorität des Unternehmers aufgelehnt haben, das schwerste Verbrechen, dessen sich nach polizeilichen Begriffen ein Arbeiter schuldig machen kann. Die klar auf der Hand liegende Ungesetzlichkeit sieht die eifrige Polizei jedoch nicht. Die Gelben, genannt „Vaterländischer Arbeiterverein", verfolgen laut ihrem Statut, § 1, den Zweck, „alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Arbeiter zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen." Dieses Ziel soll nach § 2 des Statuts erreicht werden u. a. „durch Beteiligung an allen öffentlichen Wahlen." Ein zweifellos politischer Zweck. Obgleich dieser Organisation entgegen dem Statut eine ganze Reihe Österreicher angehören, obgleich die Polizei dies weiß, tut sie nichts, um diesen nach dem geltenden Recht ungesetzlichen Zustand zu beseitigen. Hier genießt die Streikbrecherorganisation mit ihren teilweise sehr zweifelhaften Elementen als Mitglieder ein ganz besonderes Recht, anständige Arbeiter aber werden schikaniert, den Unternehmern zu Gefallen. Selbstverständlich wird auch diese neueste Polizeiaktion dazu beitragen, die Indifferenten aufzurütteln, ihnen den Klassenstaat in seiner ganzen Häßlichkeit zu zeigen. Kampf aber einem solchen Staat, Kampf einem solchen System der Unterdrückung, das muß die Losung der Arbeiter sein.

Wie das Handwerk „gehoben" wird! Die Lehrlingsausbeutung kann nun in Meiningen wieder die schönsten Orgien feiern. Infolge einer schöffengerichtlichen Auslegung, die durch die zurückgezogene Berufung des Amtsanwalts gegen das Urteil eine größere Bedeutung erhalten hat, wird es in S.-Meiningen „gesetzlich" sein, wenn in einem verhältnismäßig kleinen Handwerksbetriebe sechs Lehrlinge beschäftigt werden. Es braucht nämlich nur der „Meister" seinen einzigen Gesellen als „Teilhaber" (!) anzumelden, dann kann ihn kein Mensch hindern, für seine Person drei Lehrlinge und für die Person seines „Teilhabers" ebenfalls drei Lehrlinge anzunehmen. Hurra! Das „Handwerk" hat wieder „goldenen Boden" und ist gerettet!

Ein sehr naiver Reichsverbandssekretär scheint Herr August Mertens in Altenburg zu sein. Gegen eine Anzahl Parteiblätter hat er Klagen erhoben. Mit dem großen Niederreiten war es nichts, das Totreden ist auch nicht das richtige Mittel, nun versucht er es mit Anklagen. Das Chemnitzer Parteiorgan hat bereits 50 Mk. Strafe zu verzeichnen. Zwickau und Altenburg werden wohl bald folgen. Damit aber der Faden nicht abreißt, will Mertens nun auch noch das Saalfelder „Volksblatt" verklagen. Doch auch bei einem Generalsekretär des Lügenverbandes kann es passieren, daß ihm nicht alles Material zur Verfügung steht. Mertens sucht es sich zu verschaffen und zwar in seiner — naiven Art vom Anzuklagenden selbst. Die Redaktion unseres Saalfelder Parteiorgans erhielt das folgende Schreiben:

Einschreiben. Altenburg (S.-A.), 19. Februar 1908.
Hohe Straße 46.

An die Redaktion des „Volksblatt"
Saalfeld, Rosmaringasse 7.

Von befreundeter Seite wird mir ein Ausschnitt aus dem „Saalfelder Volksblatt" Nr. 24 vom 29. Januar zugesandt. Die Notiz beginnt mit den Worten: „Neue Schwindeleien des Reichsverbandes sucht der Generalsekretär Mertens aus Altenburg . . ." Ich möchte Ihnen Gelegenheit geben, den mir in dieser Notiz zum Vorwurf gemachten „bewußten Schwindel" vor Gericht zu beweisen, bedarf aber dazu, wie Ihnen ja wohl bekannt sein dürfte, als Unterlage eine volle Nummer des Volksblattes, in der die Notiz enthalten ist. **Wenn Ihnen daran liegt, mir den „bewußten Schwindel" vor Gericht nachzuweisen, so werden Sie keinen Anstand nehmen, mir die Nummer 24 des „Saalfelder Volksblattes" vom 29. Januar 1908 zuzusenden Um Ihnen Portokosten zu ersparen, füge ich eine 5 Pfg.-Marke an.**

Sollten Sie aus irgendwelchem Grunde meinem Wunsche nicht entsprechen wollen, so würde ich nach drei Tagen für die Veröffentlichung dieses Briefes in der gesamten Thüringer Presse Sorge tragen.

Mit gebührender Achtung!
A. Mertens,
Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

5 Pfg.-Marke.

Einfach und — schlicht! Wie Mertens immer ist. Es ist auch nur ein Versehen des Reichsverbands-Agenten gewesen, daß er im zweiten Absatz seines Briefes eine Drohung ausspricht, in welcher manche Leute so etwas wie Erpressung erblicken wollen. Die Saalfelder Genossen antworteten dem Agenten folgendermaßen:

An
den Generalsekretär des Reichsverbandes zur „Bekämpfung" der Sozialdemokratie
Herrn Mertens
Altenburg (S.-A.)

Als Antwort auf Ihr Schreiben vom 19. d. Mts. diene Ihnen folgendes: Liegt Ihnen viel an dem Besitz der Nr. 24 unseres Blattes, so wird es Ihnen gewiß leicht sein, dieselbe durch Vermittelung der „befreundeten Seite" zu erhalten.

Sie werden aber gut tun, uns fernerhin nicht zu belästigen. Wenn Sie glauben, uns durch die am Schlusse Ihrer Zuschrift vermerkte Drohung einschüchtern zu können, so sind Sie ein recht naiver Mensch. Sie liefern damit nur ein Schulbeispiel für die unsauberen Mittel, deren Sie sich im „Kampfe" gegen eine Kulturbewegung bedienen.

Da wir unseren Etat mit Mitteln des Reichsverbandes nicht bereichern wollen, geht anbei die 5 Pfg.-Marke Ihnen wieder zu.

Mit Achtung!
Redaktion des „Volksblattes".
E. Zorn.

Seine Drohung hat Mertens bis heute noch nicht wahr gemacht. Trotzdem wird der Brief Mertens die Runde durch die Presse machen, aber wohl kaum im Sinne des Reichsverbands-Agenten.

Der Bestand der „Humanité", unseres französischen Parteiblattes, ist jetzt völlig gesichert. Man hofft, im laufenden Jahre schon einen Überschuß zu erzielen. Die Auflage steigt ständig. Wir begrüßen diese Mitteilung mit Freuden. Bietet sie doch die sicherste Gewähr dafür, daß auch unsere französischen Freunde über ein Blatt verfügen, das den Kampf gegen die korrupte bürgerliche Presse mit Erfolg führen kann.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 4. März 1908.

115. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Präsident Graf Stolberg dankt für den schönen Blumenstrauß, mit dem man zur Feier seines 68. Geburtstages den Präsidialtisch geschmückt hat.

Die sozialpolitische Generaldebatte wird fortgesetzt.

Kämpf (FVp.) ist wenig begeistert von der Idee einer Außenhandelsstelle, für die sich gestern Herr Dr. Stresemann begeistert hat. Redner bedauert, daß Fürst Bülow den freisinnigen Wahlrechtsantrag im preußischen Abgeordnetenhaus so schroff abgelehnt hat und bittet dringend um Beseitigung der Bestimmung, daß die unentgeltliche Krankenhausbehandlung, sogar die für Familienangehörige den Empfänger des Wahlrechts beraubt. (Beif. b. d. Freis.)

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg behält sich vor, auf die vom Vorredner zuletzt angeschnittene Frage in den nächsten Tagen zurückzukommen. Gegen die Mißstände in den Hütten- und Walzwerken hat der preußische Handelsminister Bestimmungen vorbereitet, die jedoch zunächst dem Urteil der Arbeiter und Arbeitgeber unterbreitet werden sollen. Die Denkschrift über die Versicherung der Privatangestellten wird hoffentlich im Laufe des nächsten Monats der Öffentlichkeit übergeben werden können. Dann wird es Zeit sein, uns über die Einzelheiten dieser Versicherung zu unterhalten. Ein Zurückziehen des Hilfskassengesetzes ist nicht beabsichtigt. Bei der allgemeinen Revision der Arbeiterversicherung wird eingehend die Stellung der freien Hilfskassen zu prüfen sein. — Erhebungen, die ich habe veranstalten lassen, haben einen erschreckenden Rückgang des Invaliditätsalters der Bergarbeiter, aber auch des Invaliditätsalters überhaupt ergeben. In ganz Preußen ist in den letzten 20 Jahren das Invaliditätsalter von 49 auf 44,7 Jahre zurückgegangen. (Vielfaches Hört, hört!) Es ist notwendig, die Ursachen dieses Rückgangs festzustellen. — Redner wendet sich nunmehr dem Entwurf über die Arbeitskammern zu und bestreitet zunächst, daß irgendwelche Zustimmung der oldenburgischen Regierung vorliege. — Der Entwurf über die Arbeitskammern ist als Produkt des Scharfmachertums bezeichnet worden. (Zurufe b. d. Soz.: Sehr richtig! und: Nicht nur von uns!) Der Entwurf soll vom Zentralverein (sich zum Unterstaatssekretär Wermuth wendend) Wie heißt doch die Organisation? (Lachen b. d. Soz. und Zurufe: Zentralverband), also richtig vom Zentralverband deutscher Industriellen veranlaßt sein. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat behauptet, die Reichsverwaltung stehe wieder einmal gänzlich unter dem Patronate dieses Arbeitgeberverbandes. (Lautes Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Vorwürfe treffen mich nicht und lassen mich kalt. Ich suche mich allseitig zu informieren. (Bravo! rechts, Lachen b. d. Soz.) Die Arbeitskammern sind im Einklang mit der Forderung der großen Reichstagsmehrheit als paritätische Institution gedacht. Sie sollen im weitesten Sinne der Vertretung der sozusagen ständischen Interessen der Arbeiterschaft dienen, nicht nur in allen Fragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, sondern auch in allen jenen Dingen, die irgendwie das Arbeiterinteresse berühren; ich denke an Wohlfahrtseinrichtungen, Wohnungswesen, Sparkassen, Volksbibliotheken usw. Nach sorgfältigen Erwägungen des Für und Wider haben wir der beruflichen Organisation der Arbeitskammern den Vorzug vor der territorialen gegeben. Territoriale Arbeitskammern mit fachlichen Unterabteilungen wären nur in den großen Industriezentren möglich gewesen. Es wird vielleicht später möglich sein, in den großen Industriezentren, wo mehrere Berufskammern ihren Sitz haben, örtliche Ausschüsse zu bilden, und so dem Territorialsystem neben dem Berufssystem zu einer gewissen Geltung zu verhelfen. Die vielfach getadelte Anlehnung an die Berufsgenossenschaften denke ich mir keineswegs als eine sklavische Nachahmung. Über die Zahl der Arbeitskammern für die einzelnen Berufe usw. wird sich erst der Bundesrat schlüssig zu machen haben. Ich weiß nicht, warum man es tadelt, daß die Arbeiterausschüsse die Hälfte der Arbeiterbeisitzer wählen sollen. Die Regierung rechnet mit einer steten Ausbreitung des Instituts der Arbeiterausschüsse. Über das Wahlrecht der Beisitzer in den Versicherungsanstalten wird sich ja reden lassen. Man glaube ja nicht, daß es der Regierung darauf ankommt, in den Kammern Leute zu haben, die zu allem ja und amen sagen. Dann hätte die ganze Institution ja gar keinen Zweck. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kostenfrage ist heikel, denn eigentlich müßten zu einer paritätischen Organisation doch auch die Arbeiter beisteuern. (Sehr richtig! rechts u. b. d. Natl.) Die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften würde aber die angenehme Folge haben, daß sich mit einer gewissen Folgerichtigkeit daraus ergeben würde, daß die Berufsgenossenschaften auch die Kosten tragen. Ich nehme aber gern anderweitige Vorschläge entgegen. — Ich habe mich gegen die Vorwürfe gewandt, welche die schwärzesten Pläne hinter dieser Organisation erblicken. Wir wünschen eine lebensfähige Organisation; das Leben kann aber nicht vom Gesetzgeber, der nur die Form schaffen kann, sondern nur von den Arbeitern und Arbeitgebern hereingebracht werden. Zur Kritik ist ja noch bei den verschiedensten Gelegenheiten ausgiebig Zeit. (Lebh. Bravo!)

Elsaß-Lothringischer Geheimrat Halley wendet sich gegen die Angriffe auf die elsaß-lothringische Gewerbe-Inspektion.

Frhr. v. Gamp-Massaunen (Rp.): Sozialpolitisches Automobiltempo machen wir nicht mit. (Bravo! rechts.) Die Überhastung der Sozialpolitik erregt den berechtigten Unwillen der Unternehmer. (Bravo! rechts.) Graf Posadowsky hat seine Meriten, aber er hatte zuletzt die Fühlung mit dem praktischen Leben und namentlich mit dem Mittelstande verloren. (Zust. rechts.) Dem Wunsche des Abg. Kämpf, daß Armenunterstützung und Krankenhausbehandlung nicht vom Wahlrecht ausschließen sollen, schließen wir uns

---

„Nein, Herr Oberst", lautete die Antwort. „Man hat mich auf Halbsold gesetzt, wahrscheinlich weil ich mit bei Waterloo focht, und weil ich ein Landsmann des Kaisers bin. Ich kehre auf meine Insel zurück, leicht an Hoffnung, leicht an Geld, wie es im Liede heißt."

Er seufzte und blickte zum Himmel auf.

Der Oberst steckte seine Hand in die Tasche, und als er sie wieder hervorzog, hielt er ein Goldstück zwischen den Fingern. Er suchte nach einer passenden Redensart, um es mit schonender Rücksicht in die Hand seines unglücklichen Feindes gleiten zu lassen.

„Und auch mich," sagte er im Tone gutmütigen Scherzes, „hat man auf Halbsold gesetzt . . Bei Ihrem Halbsold werden Sie nicht viel erübrigen können für den Tabak. Da, nehmen Sie, Korporal."

Mit diesen Worten versuchte er dem jungen Manne das Goldstück in die geschlossene Hand zu schieben, mit der er sich auf den Rand des Bootes stützte.

Der junge Korse biß sich errötend auf die Lippen, richtete sich hoch auf und schien im Begriff, eine zornige Antwort zu geben. Plötzlich aber wechselte der Ausdruck in seinen Zügen, als ob er sich eines anderen besonnen hätte, und er brach in ein lautes Gelächter aus. Der Oberst, mit seinem Goldstück zwischen den Fingern, stand verblüfft da.

„Herr Oberst", sagte der junge Mann, nachdem er wieder ernst geworden war, „erlauben Sie mir, Ihnen zwei Ratschläge zu geben. Der erste wäre der: Einem Korsen niemals Geld anzubieten, denn Sie könnten unter meinen Landsleuten leicht auf solche geraten, die unhöflich genug wären, es Ihnen an den Kopf zu werfen. Der zweite ist: Den Leuten keine Titel zu geben, die ihnen nicht zukommen. Sie nennen mich Korporal, und ich bin Leutnant. Der Unterschied ist sicherlich nicht bedeutend, aber . . ."

„Leutnant also," rief Sir Thomas aus, „Leutnant! Aber der Patron hat ja gesagt, Sie seien Korporal, wie Ihr Vater und alle die zu Ihrer Familie gehörigen Männer."

Bei diesen Worten brach der junge Mann abermals in ein so helles Gelächter aus, daß der Schiffspatron und die beiden Matrosen von seiner ausgelassenen Fröhlichkeit ebenfalls ergriffen, im Chore mitlachten.

„Verzeihen Sie, Herr Oberst," begann der junge Korse, sobald er wieder zur Besinnung gekommen war: „aber das ist ein kostbares Mißverständnis, das mir erst jetzt begreiflich wird. Meine Familie rühmt sich allerdings, Korporale unter ihre Vorfahren zu zählen, aber unsere korsischen Korporale haben niemals Epauletten getragen. Als im Jahre des Heils 1100 sich ein Teil der Bevölkerung gegen die Tyrannei der Grundherren empörte, wählte man sich Anführer, welche Korporale genannt wurden. Diese waren also eine Art von Tribunen, und die Abstammung von diesen Volksführern wird auf unserer Insel für eine Ehre gehalten."

„Ich bitte, verzeihen Sie, mein Herr!" fiel ihm der Oberst ins Wort, „tausend Mal bitte ich meinen Irrtum zu verzeihen. Da Sie jetzt die Ursache desselben begreifen, werden Sie ihn hoffentlich entschuldigen."

Und mit diesen Worten streckte er ihm die Hand entgegen.

„Das war nichts als eine gerechte Strafe für meinen Hochmut," sagte der Leutnant noch immer lachend und die dargebotene Hand des Engländers herzlich drückend, „ich hege deshalb nicht den geringsten Groll gegen Sie! Da mein Freund Matei mich so schlecht vorgestellt hat, erlauben Sie mir, daß ich es nachträglich selbst tue: Ich bin also Orio della Rebbia, Leutnant auf Halbsold. Wenn Sie etwa, wie ich nach dem Anblick dieser beiden schönen Hunde vermuten möchte, der Jagd wegen nach Korsika gehen wollen, werde ich mir eine Ehre daraus machen, Sie in unseren Wäldern und Bergen herumzuführen . . . . wenn ich nicht etwa selbst fremd darin geworden bin," fügte er seufzend hinzu.

In diesem Augenblick war das Boot bei dem Schiffe angelangt. Der Leutnant bot Miß Lydia die Hand und war dann auch dem Obersten behilflich, auf das Verdeck hinaufzukommen. Sir Thomas war noch immer in großer Verlegenheit wegen seines Mißverständnisses und wußte nicht, wie er seinen Verstoß einem Manne gegenüber, dessen Stammbaum bis zum Jahre 1100 hinaufreichte, wieder gut machen sollte. So wagte er es, ohne die Zustimmung seiner Tochter abzuwarten, ihn unter erneuerten Entschuldigungen und Händedrücken zu bitten, mit ihnen zu Abend zu essen. Miß Lydia verzog wohl ein wenig die Augenbrauen; im ganzen aber war sie nicht unzufrieden mit der in bezug auf die Entstehung der „Korporale" gegebenen Erklärung. Der Gast hatte ihr nicht mißfallen; sie meinte sogar, an ihm ein gewisses aristokratisches Etwas zu entdecken; wäre es nicht um seines gar zu offenen und fröhlichen Wesens gewesen, dann hätte er recht gut für den Helden eines Romans gelten können.

„Leutnant della Rebbia," sagte der Oberst, ihn mit einem Glase Madeira in der Hand nach englischer Sitte begrüßend, „ich habe in Spanien viele Ihrer Landsleute gesehen; sie bildeten ausgezeichnete Schützenbataillone und waren im Plänklergefecht unübertrefflich."

„Ja wohl, es sind ihrer viele in Spanien geblieben," sagte der Leutenant sehr ernst.

„Ich werde nie vergessen, mit welcher Tapferkeit sich ein korsisches Bataillon in der Schlacht von Vittoria hielt," fuhr der Oberst fort. „Es wird mich hier stets daran mahnen," fügte er sich an die Brust greifend hinzu. „Den ganzen Tag über waren sie als Plänkler in den Gärten und hinter den Hecken tätig gewesen und hatten uns schon, ich weiß nicht wie viel, an Mannschaft und Pferden zusammengeschossen. Als man zum Rückzug schritt, sammelten sie sich in Reihe und Glied und zogen in vollster Ordnung ab. In der Ebene hofften wir Rache an ihnen zu nehmen, aber die Schelme — verzeihen Sie, Herr Leutnant — diese tapferen Leute wollte ich sagen, hatten sich in einem Karree so dicht zusammengestellt, daß es unmöglich zu durchbrechen war. In der Mitte desselben hielt einer ihrer Offiziere auf einem kleinen schwarzen Pferde; ich meine ihn noch zu sehen, so lebendig ist er mir im Gedächtnis geblieben. Er hielt dicht neben dem Adler, mit der Zigarre im Munde, so ruhig, als ob er sich in einem Kaffee befunden hätte. Als ob es uns zum Trotz sein sollte, ließen sie ihre Musik dann und wann eine Fanfare blasen . . . . An der Spitze meiner beiden ersten Schwadronen warf ich mich auf sie . . . Bah! statt auf die Fronte des Karrees einzuhauen, wichen meine Dragoner seitwärts ab und kehrten nach halber Schwenkung in großer Unordnung zurück; manches Pferd ohne seinen Reiter . . . . und unaufhörlich diese Teufelsmusik mit ihrer Fanfare! Als der dichte Rauch, der das ganze Bataillon umhüllte, sich verzogen hatte, tauchte auch der Offizier neben dem Adler wieder auf; in unveränderter Haltung noch immer seine Zigarre rauchend. In vollster Wut schwang ich mich an die Spitze meiner Leute, um einen letzten Angriff zu machen. Die Gewehre der Feinde waren durch das viele Schießen so rußig geworden, daß sie nicht recht mehr losgehen wollten; aber die Schützen, in sechs Reihen geordnet, das Bajonett vor die Nüstern unserer Pferde haltend, blieben fest wie eine undurchdringliche Mauer. Ich rief, ich schrie, um meine Dragoner anzufeuern und drückte meinem Pferde die Sporen in die Flanken, um es vorwärts zu drängen. Da sah ich den Offizier, von dem ich Ihnen sprach, die Zigarre aus dem Munde nehmen, und zu einem seiner Leute redend mit dem Finger auf mich deuten. Ich vernahm so etwas wie: Al cappello bianco! Ich trug an jenem Tage einen weißen Federbusch. Weiter habe ich nichts mehr gehört, noch gesehen, denn eine Kugel drang mir in die Brust . . . Das war ein schönes Bataillon, Signor della Rebbia, das erste vom achtzehnten Regimente, lauter Korsen, wie ich später erfuhr." (Fortsetzung folgt.)

an. Hier ist über Arbeitslosigkeit geklagt worden. Auf dem platten Lande gibt es keine Arbeitslosigkeit. (Bravo! rechts.) Schutz der Arbeitswilligen ist dringend nötig. (Lautes Bravo! rechts.) Es wird viel zu viel gedruckt in der Welt. Auch die Reblaus hat man zu eingehend behandelt. (Heiterkeit.) Dringend notwendig ist es, die sozialdemokratische Herrschaft über die Krankenkassen zu brechen. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Paasche ruft nachträglich den Redner zur Ordnung, weil er von der „Torheit" des Bundesrats bei Erlaß der Verordnung für das Gastwirtsgewerbe gesprochen hat.

v. Gamp bittet um das Wort zur Geschäftsordnung.

Vizepräsident Paasche: Das Wort bekommen Sie nicht. Sie können schriftlich protestieren.

v. Gamp: Ich wollte ja nur den Vorwurf zurücknehmen. (Gr. Heiterkeit.)

Raab (WVg.) äußert Mittelstandswünsche und verlangt größere soziale Fürsorge für Seeleute und Hafenarbeiter und Sonntagsruhe für Binnenschiffer. (Vielfache Zustimmung.) Auch den schwer arbeitenden Kohlentrimmern sollte man möglichste Erleichterung zuteil werden lassen. Die Löhne auf den deutschen Schiffen sind bedeutend niedriger, als auf englischen und amerikanischen Schiffen. (Hört, hört!) Auch die Kapitäne erheben seit Jahren eine Reihe bisher unerfüllter Forderungen. Man sollte endlich mit dem sinnlosen Kampf um das blaue Band aufhören und das wahnwitzige Fahren im dicken Nebel unterlassen. Auch sollte man dem englischen Beispiele mit der Tiefladelinie folgen. — Redner bekämpft Äußerungen Ballins über die noch zu vermehrende Fahrgeschwindigkeit der Schiffe und wünscht ein Reichsseefahrtsamt. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Dove (FVg.) äußert gegen eine Außenhandelsstelle ähnliche Bedenken wie Abg. Kaempf und wendet sich dagegen, daß man der privaten Landarbeiterzentrale polizeiliche Befugnisse über die ausländischen Arbeiter erteilt habe. (Es sei vielmehr geboten, die Frage reichsgesetzlich zu regeln. (Bravo! b. d. Freis.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Eingegangen sind 4 Interpellationen über die Beamtenbesoldungsvorlage, die in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß 6 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Die „liberale" Anwendung des Majestätsbeleidigungsparagraphen wird wieder einmal durch folgendes Urteil gezeigt: Zwei Arbeiter im Alter von 25 und 31 Jahren schimpften in der Trunkenheit in Erlingen auf den Kaiser, die Preußen und die Gendarmen und riefen „Vive la France." Die Metzer Strafkammer sah in dem Verhalten der Arbeiter eine Majestätsbeleidigung und Ausstoßen aufrührerischer Rufe und verurteilte jeden zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Altenburger Justiz ist nicht befangen. Das Landgericht Altenburg hatte am 8. November v. J. den Versicherungsagenten Moriz König aus Leipzig wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde auf eingelegte Revision vom Reichsgericht wegen gröblicher Verletzung der Vorschriften über die Beweiserhebung aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Altenburg zurückverwiesen. In der Entscheidung des Reichsgerichts heißt es unter anderem auch, daß das Reichsgericht dem Antrage des Verteidigers, die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen, stattgegeben haben würde, wenn nicht § 394 der Strafprozeßordnung die Möglichkeit ausschlösse, da das Herzogtum Altenburg nur ein einziges Landgericht hat. Am 28. Februar fand nun erneut Verhandlung vor dem Altenburger Landgericht statt; diesmal waren aber nicht nur zwei, sondern dreizehn Zeugen geladen, und zwar auf Grund der vom Reichsgericht ausgesprochenen groben Verletzung der Vorschriften über die Beweiserhebung. Das ganze Verfahren selbst ist reich an Einzelheiten und wirft ein grelles Licht auf die politische Voreingenommenheit vieler Richter gegenüber der Sozialdemokratie. Der Angeklagte ist Sozialdemokrat. Ende Juli vorigen Jahres war er, wie schon oft, wegen geschäftlicher Angelegenheiten nach Schmölln gekommen und hatte sich im dortigen Gasthof „Zur Reichskrone" einlogiert. Dort ließ er sich auch in ein Gespräch mit dem Baumeister Linke über die Hohenzollern ein. Bald darauf denunzierte Linke den Angeklagten, weil dieser bei dem Gespräch beleidigende Aeußerungen über den Kaiser habe fallen lassen. Linke beschwor vor Gericht seine Angaben, ebenso der Wirt der „Reichskrone", der aber nur ganz wenige Worte gehört hatte, die nicht darauf schließen ließen, daß König sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hatte. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, Äußerungen, wie sie von dem Kronzeugen Linke beschworen worden waren, in bezug auf den Kaiser gebraucht zu haben. Er beantragte daher die Vernehmung einer Anzahl Schmöllner Bürger, die sich über den Leumund Linkes äußern sollten. Das Gericht lehnte jedoch den Antrag ab, und zwar mit der Begründung, es würde dem Baumeister Linke auch dann glauben, wenn gleich sein böser Leumund durch zwölf Schmöllner Einwohner bekundet würde. Im Urteil heißt es noch: Linke sei Amtsgerichtstaxator und sei an jenem Abend nicht betrunken gewesen. Die unerhörtesten Auslassungen im Urteil sind folgende: „Bei der ausgesprochenen sozialdemokratischen Gesinnung sei es dem Angeklagten durchaus zuzutrauen, daß er ohne Scheu mit den schmutzigsten und verlogensten Geschichten seinen Standpunkt zu vertreten suche. Bei einem Sozialdemokraten, der, wie der Angeklagte, zur täglichen Lektüre die „Leipziger Volkszeitung" halte, sei das noch leichter zu erwarten." Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hübler-Leipzig, hatte denn auch, auf diese Auslassungen bezugnehmend, in der Revisionsverhandlung des Reichsgerichts ausgeführt, daß das Reichsgericht eine nützliche Arbeit leisten würde, wenn es festsetze, daß derartige Bemerkungen in ein Urteil nicht gehörten. Der Reichsanwalt erwiderte darauf, man könne darüber zweierlei Meinung sein, ob solche Äußerungen zur Sache gehörten. Das Urteil beruhe aber offenbar nicht nicht auf dieser Ansicht, es könne deshalb in der Revisionsinstanz davon abgesehen werden. Damit war allerdings der Reichsanwalt der Entscheidung ausgewichen. Vor Beginn der nochmals vor dem Landgericht Altenburg und demselben Richterkollegium stattfindenden Verhandlung lehnte Rechtsanwalt Dr. Hübler die fünf Richter, die das Urteil vom 8. November unterzeichnet hatten, namens des Angeklagten als befangen ab. Es sind dies die Herren Landgerichtsdirektor Dr. Frommelt, Landrichter Krause, Landrichter Dr. Herbst, Landrichter Dr. Häßelbarth und Gerichtsassessor Nitzsche. In etwas gedrückter Weise suchte nach diesen Darlegungen der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Frommelt, die Urteilsbegründung zu rechtfertigen, die von der Verteidigung in mißverständlicher Weise ausgelegt worden sei. Das Gericht sei über politische Voreingenommenheit erhaben. Durch die Ablehnung der genannten Richter — nur ein Richter war davon ausgeschlossen — war das Kollegium nicht mehr beschlußfähig, es mußte darum ein neues gebildet werden. Nach dreistündiger Pause war ein solches unter Hinzuziehung einiger Amtsrichter gebildet worden. Der Vorsitzende verlas nun folgenden Beschluß: Der Antrag auf Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit wird für unbegründet erklärt. Durch die Auslassungen im Urteil hätten sich die genannten Richter nicht festgelegt, es müßten für diese Behauptung tatsächliche Feststellungen gemacht werden können. Auch hätten sich die sämtlichen Richter nicht für befangen erklärt. Das frühere Richterkollegium trat nun wieder an, worauf der Vorsitzende verkündete, daß bis zur Urteilsverkündigung die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Die Verhandlung wurde schließlich auf Sonnabend vertagt und endete, wie die „Leipz. Volksztg." mitteilt, mit der Freisprechung des Angeklagten.

Zwei „liebevolle" Soldatenerzieher! Soldatenmißhandlungen kommen am Dresdener Kriegsgericht jetzt fortgesetzt zur Verhandlung. Folgende zwei Fälle seien hervorgehoben: Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich der Sergeant Fuhrmann vom 12. Jägerbataillon zu verantworten. Er hatte eines Sonntags nach dem Kirchgange (!) einen Jäger, weil dieser zu „schlapp" gewesen sein soll, mit beiden Fäusten vor die Brust gestoßen, daß der Soldat gegen die Schränke taumelte. Der Angeklagte will den Soldaten nur mit seiner Brust berührt haben. Er wird von seinem Hauptmann als ein „tüchtiger" Unteroffizier geschildert, der im „Diensteifer etwas zu weit gegangen" ist. Das Gericht glaubte diese Roheit mit fünf Tagen mittlerem Arrest genügend gestraft zu haben. Es nahm nicht Mißhandlung, sondern nur vorschriftswidrige Behandlung an. In den bei der Mißhandlung gebrauchten Ausdrücken „freches Subjekt" und „trauriger Mensch" hat es auch keine Beleidigung, sondern eine „berechtigte Kritik" erblickt. — Wegen Mißhandlung in zwei Fällen war der Unteroffizier Beyer vom 178. Infanterie-Regiment angeklagt. Dieser rabiate „Stellvertreter" hatte einem Rekruten auf dem Schießstand, weil dieser etwas versehen hatte, von hinten einen kräftigen Schlag mit einem Schlüssel ins Genick versetzt. Der Soldat schrie vor Schmerz auf und trug eine blutende Wunde davon, woraus sich eine große Beule entwickelte. Einige Zeit danach hat der Angeklagte demselben Soldaten während des Exerzierens ebenfalls wieder mit einem harten Gegenstand zwei heftige Schläge hintereinander auf den Hinterkopf versetzt. Auch hier hat der Soldat vor Schmerz laut aufgeschrien und hinterher noch vier Tage lang Schmerzen gehabt. Der Soldat hatte durch den Schrei den Feldwebel aufmerksam gemacht und dieser brachte den Vorfall zur Meldung. Eine ärztliche Untersuchung auf etwaige Folgen der Mißhandlung fand nicht statt. (!) Da der Tatbestand einer Mißhandlung klar zu ersehen war, mußte das Kriegsgericht auch auf eine solche erkennen und warf gegen den Soldatenschinder drei Wochen mittleren Arrest (!) aus. Es nahm zugunsten des Angeklagten dessen „Erregung", „gute Führung" und Beurteilung an. — Wenn es sich um „Vorgesetzte" handelt, finden die Gerichte immer die nötigen und „schwerwiegenden" Milderungsgründe.

Ein ländliches Sittenbild. Der 18 Jahre alte reiche Bauernsohn Friedrich Sindel von Auernheim bei Ansbach pflog mit einem armen Mädchen Umgang, der nicht ohne Folgen blieb. Die Aussicht, Alimente zahlen zu müssen, erschien ihm aber gar nicht verlockend, weshalb er versuchte, die Frucht durch Abortivmittel zu beseitigen. Als ihm dies nicht gelang, wollte er seine Geliebte zum geschlechtlichen Verkehr mit anderen Mannspersonen veranlassen, um nach Art. 1717 des B. G.-B. von der Alimentationspflicht befreit zu werden. Auch damit hatte er keinen Erfolg, weshalb er den Entschluß faßte, das Mädchen zu töten. Er schlich sich Nachts in ihre Kammer und brachte ihr mit einem stark verrosteten Nagel Rißwunden bei in der Meinung, daß hierdurch Blutvergiftung eintreten und das Mädchen sterben werde. Dieses seltsame Tötungsmittel wählte er, wie er vor Gericht angab, aus Besorgnis für das Seelenheil seines Opfers. Er habe sie erst erschießen wollen, aber davon abgesehen, weil sie dann ohne Buße zur Hölle gefahren wäre. Bei einem langsamen Sterben hätte sie Zeit zur Buße gehabt. Das Gericht erkannte wegen Mordversuchs auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis.

Kalt gestellte Bande. Wie aus Bordeaux gemeldet wird, wurde am Sonnabend in dem Prozeß gegen die Bande, welche die ganze Gegend von Langon, besonders durch die Ermordung eines Versicherungsagenten, in Schrecken gesetzt hatte, das Urteil gefällt; zwei Angeklagte wurden zum Tode, eine Frau zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, ein Angeklagter zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

14 Jahre Zuchthaus für eine Brandstifterin. Vor dem County-Gericht in Brooklyn hatte sich eine Frau Annie Ackerley wegen Brandstiftung zu verantworten. Die Frau hatte ihre eigene Wohnung angezündet und wurde vom Richter zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das strenge Urteil begründete der Richter folgendermaßen: „Gewisse Verbrechen offenbaren eine solche Geringschätzung von Menschenleben, daß man über die Kaltblütigkeit der Verüber staunen muß. Zu diesen Verbrechen gehört auch die Brandstiftung, welcher Sie angeklagt waren. Sie sind die erste Frau, die hier seit einem Vierteljahrhundert der Brandstiftung überführt ist. Ich bin überzeugt, daß Sie auch ein früher in Ihrer Wohnung ausgebrochenes Feuer angelegt haben. Weil damals die Sache glatt ablief und kein Verdacht rege ward, planten Sie das zweite Feuer und erhöhten gleichzeitig Ihre Versicherung. Daß eine Frau — noch dazu eine Mutter — solch ein Verbrechen verübt und dadurch zwei andere Familien des Hauses mit deren vier kleinen Kindern gefährdet, ist einfach unfaßbar. Nur um die Versicherungssumme zu erlangen, wären Sie beinahe zur Mörderin geworden. Nie in meiner Praxis ist mir eine kaltblütigere Angeklagte begegnet. Sympathie für Sie als Frau ist nicht am Platze. Sie sind in Ihrer Sucht, Geld zu erlangen, zur Brandstifterin geworden. Das Gefühl des Mitleids muß der Pflicht weichen, denn Sie sind eine Gefahr für diesen Ort der Heimstätten."

Genossenschaftsbewegung.

Konsumvereine — sozialdemokratische Brotverteuerer. Kürzlich brachte der in Leer erscheinende „Allgemeine Anzeiger für Ostfriesland" eine Notiz, daß der Hofer Konsumverein den Brotpreis von 75 auf 80 Pfg. erhöht habe, während die Bäckermeister nicht aufgeschlagen hätten. Daran wurde die Bemerkung von „sozialdemokratischer Brotverteuerung" geknüpft. Nun ist es zutreffend, daß der Hofer Konsumverein den Preis für 6-Pfund-Brote von 75 auf 80 Pfennig erhöht hat. Die Gegner verschweigen aber, daß auf Brot 10 Proz. Rückvergütung gegeben wird, so daß sich der Preis pro 6-Pfund-Brot auf nur 72 Pfg. stellt, während es bei den Bäckern 75 Pfennig kostet, also noch 3 Pfennig teurer ist als bei der Konsumvereinskonkurrenz. Die fragliche Notiz ging von den Hofer Innungsmeistern aus, die im vorigen Jahre dem Konsumverein den Boykott erklärt haben. Jeder Bäcker, der dem Verein Weißbrot (Kaffeebrot) lieferte, wurde mit einer Strafe von 20 Mark beehrt, was einem Bäcker zweimal passierte. Durch die Handwerkerkammer haben die Herren an den bayrischen Landtag petitioniert, daß den Konsumvereinen derartige Unternehmungen untersagt werden sollten. Es ist wohl noch gegen keine wirtschaftliche Erscheinung mit solcher Demagogie und solchem anmaßenden Unrecht gekämpft worden, wie gegen die kraftvoll aufstrebende Organisation der Konsumenten. Was immer die Konsumvereine unternehmen mögen, ihre Gegner stempeln es zu einem Übel. Sind sie in der Lage, ihre Mitglieder billiger bedienen zu können, nennen man sie „Vernichter des Mittelstandes", verkaufen sie eine oder die andere Ware scheinbar einige Pfennige teurer, verschreit man sie als „sozialdemokratische Verteurer".

Diese Demagogie wird am besten durch einige kompetente Urteile von Bäckerinnungen selbst beleuchtet.

Die Hamburger Bäckerinnung, an der Spitze einer der enragiertesten Mittelständler steht und die Konsumvereine als „Schmarotzer des Mittelstandes" bezeichnete, fällte in ihrem Jahresbericht für 1907 ein sehr interessantes Urteil über die Unzulänglichkeit der Kleinbetriebe im Bäckergewerbe und über die Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Großbetriebe. Es heißt da wörtlich:

„Die großen Betriebe — wie der der „Produktion" des „Vorwärts" und sonstige Großbetriebe — sind den Kleinbetrieben in jeder Hinsicht überlegen, sowohl bezüglich des Einkaufs der Rohmaterialien, indem große Quantitäten bei Barzahlung bedeutend billiger zu haben sind, als geringe Mengen unter Inanspruchnahme des Kredits, als auch bezüglich der Produktionsbedingungen. Die Betriebe arbeiten mit bedeutend geringeren Betriebskosten, sie sparen Feuerung und Beleuchtung und sind infolge ihrer vollkommenen technischen Einrichtungen in der Lage, die maschinelle und damit auch menschliche Arbeitskraft ganz anders ausnützen zu können als dies dem Kleinbetrieb möglich ist. Als ein weiterer sehr erheblicher Umstand kommt noch der unter allen Verhältnissen gesicherte Absatz hinzu."

In dem Bericht der Bäckerinnung München und die Handels- und Gewerbekammer Oberbayerns, 19[illegible] heißt es:

„Die Rentabilität unserer Branche wird auch durch die Konsumvereine beeinträchtigt, die eigene Bäckereien besitzen. Diese setzen zu sehr billigen Preisen ab und erzielen dessenungeachtet große Überschüsse, weil sie einen großen Teil der Geschäftsunkosten, wie Ladenmiete, Transport u. dergl., auf das allgemeine Konto verrechnen. Besonders sind die Geschäfte geschädigt, die in der Nähe der Konsumvereinsverkaufsstellen liegen. Infolge dieser Umstände konnten die Preise unserer Waren trotz der steigenden Nachfrage keine Besserung erfahren."

Von dieser preisregulierenden Tätigkeit haben auch die Nichtmitglieder der Konsumvereine Nutzen. Wenn bei diesen Schichten der Konsumenten die allgemein wohltätige Wirksamkeit der Konsumvereine noch nicht genügend zum Bewußtsein gekommen ist, liegt darin ein Grund mehr für die Konsumvereinsverwaltungen, für unausgesetzte genossenschaftliche Aufklärung besorgt zu sein; zum Besorgen ja dafür die konsumgenossenschaftlichen Konkurrenzen selbst.

Der Umsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft im Jahre 1907. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hat nun ihre definitive Umsatzziffer für das Jahr 1907 festgestellt. Es beträgt der Umsatz:

pro 1907	**59 866 220.04** Mk.
pro 1906	46 503 237.02 „
pro 1907 mehr . . .	**13 362 983.02** „

An dem erhofften Umsatz von 60 Millionen Mark fehlt also nur eine ganz geringfügige Summe. Prozentual beläuft sich die Steigerung der Umsatzziffer auf **28,7** Proz. Im Jahre 1906 betrug die Steigerung 20 Prozent, 1905 14 Prozent. Seit 1899, in welchem Jahre der Umsatz 6 296 072 Mk. erreicht hatte, betrug die Vermehrung:

1900	1 660 263 Mk.	1904	7 483 517 Mk.
1901	7 181 426 „	1905	5 850 793 „
1902	6 430 488 „	1906	7 723 038 „
1903	4 877 640 „	1907	13 362 983 „

Die letztjährige Umsatzsteigerung hat also die vorhergehende nahezu um das Doppelte übertroffen. In dieser beschleunigten Steigerung spiegelt sich die Erhöhung aller Lebensmittelpreise wider; daneben legt die Zunahme der Tätigkeit der Großeinkaufs-Gesellschaft aber auch Zeugnis von der größer werdenden Intensität der Genossenschaftsbewegung ab.

Aus Nah und Fern.

Zum Selbstmord des Hauptmanns Goeben bringt „Allensteiner Ztg." noch folgende Einzelheiten: Bis 2 Uhr nachmittags hatte er Besuch durch den Medizinalrat Dr. [illegible] aus Königsberg i. Pr. Um 3 Uhr erhielt er wie gewöhnlich sein Mittagessen. Bis 3½ Uhr sah der auf dem Gange stehende Posten durch das kleine Fenster der Zellentür den Hauptmann am Tische sitzen. Die Zelle war durch das Fensterchen bis auf einen Teil des Bettes zu übersehen. Von Goeben pflegte wenig und mit Unterbrechungen zu essen, während welcher er in der Zelle auf und ab ging. Nach dem Essen legte er sich gewöhnlich auf das Bett. Dem Posten fiel es daher nicht auf, daß Goeben sich nach dem Bette begeben und daß noch ein Teil des Essens auf dem Tische stehen blieb. Inzwischen aber hatte Goeben sich mit einem stumpfen Tischmesser auf dem draußen nicht sichtbaren Teile des Bettes einen mit großer Energie ausgeführten Schnitt am Halse beigebracht, der die große Ader öffnete und alsbaldige Verblutung herbeiführte. Goeben hatte der Posten nicht gehört. Als der Arrestantenaufseher um 4 Uhr 30 Min. nachmittags die Zelle betrat, fand er Goeben tot auf dem Bette. In seiner Kleidung befanden sich Briefe an die nächsten Angehörigen, die nochmals volles Geständnis der Tat und den Ausdruck tiefster Reue und Verzweiflung enthalten. Da ihm, hieß es darin, nach der Äußerung der Ärzte klar geworden sei, daß er rechtlich verantwortlich wäre, so wolle er nicht weiterleben.

Racheakt? Der „Oberschl. Anz." meldet: Gegen den Direktor des Lehrerseminars in Proskau, namens [illegible], wurde ein Attentat verübt. Nach einem Zimmer seiner Wohnung, in dem er sich gerade aufhielt, ist vom Garten aus ein Büchsenschuß abgegeben worden, der glücklicherweise nur eine Fensterscheibe zertrümmerte. Im Laufe der vorigen Woche fand im Seminar eine Abiturientenprüfung statt, an der 33 Kandidaten teilnahmen. Ob der Anschlag mit der Tatsache im Zusammenhang steht, daß 6 Abiturienten die Prüfung nicht bestanden haben, wird die Untersuchung ergeben.

Ein flüchtiger Hofrat. Gegen den Hofrat Bankier Rotschild, Inhaber des fallierten Bankhauses E. Wertheim u. Co. in Büdingen ist ein Steckbrief erlassen worden, da angenommen wird, daß er größere Summen beiseite geschafft habe.

Katholische Volksbibliotheken! In der Magistratssitzung der schwäbischen Stadt Kaufbeuren stellte der ehrlich-liberale Bürgermeister Stumpf Antrag auf Errichtung einer städtischen Volksbibliothek. Der Vertreter des Zentrums, ein Rechsanwalt, trat diesem Antrag entgegen; der katholische Arbeiterverein stelle seine Bibliothek jedermann zur Verfügung, somit sei eine Volksbibliothek überflüssig. Die liberale Mehrheit nickte verständnisvoll und der Antrag des Bürgermeisters wurde abgelehnt. Eine daraufhin vorgenommene Durchsicht der von einem Geistlichen geleiteten Bibliothek des Arbeitervereins ergab, daß diese auch nicht ein einziges wissenschaftliches Werk enthält, sondern aus Indianergeschichten, Legenden und gleichwertigen Geistesprodukten zusammengesetzt ist, denn „wissenschaftliche Werke werden überhaupt nicht oder nur selten verlangt," wie der Leiter erklärte. Der dümmste Arbeiter ist eben der beste.

Die Toleranz am Totenbette. Ein katholischer Arbeiter in dem württembergischen Städtchen Giengen, dessen Frau protestantisch ist, erhielt von dem an sein Totenbett gerufenen katholischen Geistlichen das nachfolgende Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt:

Der Unterfertigte erklärt hiermit, daß es ihn von ganzem Herzen reut, in protestantischer Trauung, sowie katholische Kindererziehung eingewilligt zu haben. Er verspricht jetzt an Eidesstatt, im Falle der Wiedergenesung seine jetzigen sowie alle noch zu erhoffenden Kinder ohne Unterschied des Geschlechts in der katholischen Religion erziehen und in den katholischen Religionsunterricht schicken zu wollen.

Die angsterfüllte Frau des mit dem Tode Ringenden sollte sich auf das nachstehende Versprechen verpflichten:

Die Unterzeichnete erklärt hiermit, daß sie, falls ihr Mann genesen sollte, demselben kein Hindernis in den Weg legt, die vorhandenen, sowie alle noch zu erhoffenden Kinder in der katholischen Religion erziehen zu lassen.

Giengen, den . . . Februar 1908.

Dieser religiöse Terrorismus schlimmster Art führte allerdings nicht zum Ziele; der Arbeiter besaß noch die Kraft, den Geistlichen hinauszuweisen, dann starb er!

Ein König auf der Flucht. Anläßlich des 60. Jahrestages der Pariser Februarrevolution schildert ein Mitarbeiter des „Petit Parisien", wie der „Bürgerkönig" Louis Philippe damals von Paris nach England floh. „Ich erinnere mich," schreibt er, „daß vor einigen Jahren ein alter Arbeiter in recht drolliger Weise erzählte, wie er in dieses historische Abenteuer verwickelt worden war. Der König, der die Tuilerien heimlich verlassen hatte, konnte den Wagen, der ihn auf der Place de la Concorde erwartete, nur mit großer Mühe erreichen, und die Aufregung des Volkes war so groß, daß die vom General Dumas geführten Kavallerieschwadronen nur wenig zu seinem Schutze beitragen konnten. In diesem Augenblick näherte sich ein Blusenmann — es war der Erzähler der Geschichte — machte sich mit dem Ellbogen energisch Platz und hob den geistürzten König in den Wagen, dessen Tür er rasch ins Schloß warf. Dieser Beistand in einem so kritischen Augenblick rührte den König, und er sagte seinem Beschützer herzlichen Dank. „O! Sie brauchen mir nicht zu danken," erwiderte der Arbeiter. „Ich tat es nur, um ganz sicher zu sein, daß Sie abreisen!" Die Reise des fliehenden Königs war höchst dramatisch, und doch hätte er wahrscheinlich nicht viel riskiert, wenn er festgenommen worden wäre. Die provisorische Regierung lechzte durchaus nicht nach seinem Blut und war ganz zufrieden, als sie erfuhr, daß er in England angekommen sei. Die Flucht ist ihm allerdings nicht leicht geworden.

Die gnädige Majestät. Einen aufsehenerregenden Gnadenakt hat der Kaiser kürzlich vollzogen. Von 1887 bis 1890 diente beim Leibregiment Nr. 115 in Darmstadt der ehemalige Barbier und Heilgehilfe Jakob Schulmerich aus Friesenheim. Im Oktober 1889 erhielt er Urlaub nach Bürstadt bei Worms. Dort kam es zwischen zwei Arbeitern und einem Gendarmen wegen Ruhestörungen zu einem Zusammenstoß. Der Gendarm zog blank und hieb auf einen der Exzedenten ein. Da faßte Schulmerich den Beamten am Arm und sagte ihm: „Herr Wachtmeister, hören Sie doch auf!" Für dieses Vergehen wurde Sch. wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vom Kriegsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Untersuchung des Falles wurde Sch. krank und mußte sieben Monate im Lazarett zubringen, worauf die Vollstreckung des Urteils aufgeschoben wurde. Die sieben Monate wurden Sch. von der Strafe in Abzug gebracht. Jetzt nach 19 Jahren hat ihm der Kaiser den Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen.

Ein falscher Kapuziner. Dem Treiben eines Gauners ist in Chropaczow (Oberschlesien) die Polizei auf die Spur gekommen. Er kam, wie die „Schlesische Zeitung" berichtet, vor einigen Wochen in die Gemeinde, trat auf der Schlesien-Grube unter dem Namen Jan Leschczinski in Arbeit und nahm bei dem Bergmann Pronobis Wohnung. Allgemein fiel es auf, daß er oft das Gewand eines Geistlichen trug. Auf Befragen erklärte er, er sei längere Zeit im Orden der Kapuziner in Frankreich als Geistlicher tätig gewesen, habe aber infolge des Kulturkampfs mit mehreren Amtsbrüdern flüchten müssen, von denen sich eine Anzahl in Krakau niedergelassen habe. Leschczinski hielt sehr oft in seiner Wohnung Predigten über die katholische Religion, die Beichte, Kommunion, heilige Dreieinigkeit usw. und nahm auch besonders Frauen die Beichte ab. In 14 Tagen war es ihm möglich, 200 Mk. dabei zu verdienen. Die Polizei erhielt davon Kenntnis, nahm ihn in seiner Wohnung fest und lieferte ihn in das Beuthener Gerichtsgefängnis ein. Jetzt stellte es sich heraus, daß der Mann weder in Frankreich, noch in einem Orden, sondern als Arbeiter im Weichselgebiet beschäftigt war, von wo er wegen der Unruhen geflüchtet sei.

Die Beulenpest herrscht in San Francisco. Dort sind bereits 128 Erkrankungs- und 74 Todesfälle zu verzeichnen.

Das Grab im Ozean. Mitten auf dem Atlantischen Ozean fand auf dem Dampfer „Lucania" eine merkwürdige Leichenbestattung statt. Eine Dame trat an die Bordwand des Schiffes heran und streute aus einer Urne Asche in das Wasser. Sie ließ sich von dem Kapitän ein Zeugnis darüber ausstellen, daß sie dies getan habe, unter gleichzeitiger Konstatierung des Längen- und Breitengrades. Die Asche war diejenige eines angesehenen Geschäftsmannes aus New York. Die „Lucania" war sein Lieblingsdampfer gewesen, und er hatte vor seinem Tode angeordnet, daß man seine Leiche verbrennen und die Asche von der „Lucania" aus ins Wasser streuen solle. Der Zeitpunkt für diesen Akt war vorher genau bestimmt worden, und in New York fand ein Gedächtnis-Gottesdienst statt, während die Asche ausgestreut wurde.

Furchtbares Verbrechen in Indien. Die in Bombay erscheinende Zeitung „Pioneer Mail" bringt die Nachricht von einem furchtbaren Verbrechen, dem man in der Stadt Bangalore auf die Spur gekommen ist. Eine Bande von fünf Männern, die von der Polizei festgenommen wurde, gestand, junge Leute an sich gelockt, vergiftet, ausgeplündert und dann mit durchschnittenem Halse vergraben zu haben. Man hat bis jetzt sieben Leichen aufgefunden. Einer der Ermordeten ist nach Ansicht der Ärzte offenbar lebendig begraben worden. Die Mörder erklären, sie seien bei der Betäubung dieses Opfers gestört worden und hätten den jungen Mann deshalb schnell verscharren müssen. Einen anderen jungen Mann töteten die Mörder indem sie ihn unter Wasser hielten, bis er tot war. Die Ermordeten sind in allen Fällen junge reiche Leute.

Die letzten Normannen.

Hoch oben im Norden des Atlantischen Ozeans zwischen dem 61. und 62. Grad nördlicher Breite und dem 10. und 12. Grad westlicher Länge liegen die 18 kleinen Eilande, deren Bevölkerung in Sprache und Sitte einen der am reinsten erhaltenen Reste altnordischer Nationalität darstellt. Die 6000 Bewohner dieser Inselgruppe, die zusammen nur einen Flächenraum von 24 Quadratmeilen einnimmt, nennen sich auch jetzt noch trotz des dänischen Nationalisierungskampfes mit den hartköpfigen, ursprünglich norwegischen und nur durch Gewalt dänisch gewordenen Insulanern Färinger und nicht Dänen. Jahrzehntelang durch drückende Monopole abgesperrt, sind die Faröer (deutsch Schafinseln) erst in den letzten Jahrzehnten des verangenen Jahrhunderts bekannter geworden.

Die Faröer sind vulkanischen Ursprungs. Die Westküste steigt bis zu 400 Metern schroff aus dem Meere auf ohne Fjorde und Einrisse; desto zerklüfteter ist die Ostküste, deren Fjorde oft meilenweit fast bis an die Westküste in das Land einschneiden. Viele dieser Fjorde, aus denen sich auf beiden Seiten Felsspitzen bis zu 100 Metern erheben, werden kaum einmal auf ihrer Wasserfläche von einem Sonnenstrahl getroffen. Überall, wohin das Auge sich wendet, trifft es auf eine gewaltige, düster erhabene Natur, die nur gemildert wird durch unzählige, über die Felsen in tollen Sprüngen herabstürzende Gießbäche.

Die Vegetation ist mit Ausnahme recht saftiger Wiesenhänge sehr gering. Die Baumwelt beschränkt sich auf verkrüppelte Birken und Weiden, die sich mit breiten Klammerwurzeln im Moorboden festhalten und sich kaum einen Meter hoch über die Erde zu erheben wagen. Der Feind der Baumvegetation auf den Faröern ist der Sturm, der besonders im Winter ein ständiger Gast auf den Inseln ist. Er tobt so fürchterlich auf diesen Eilanden, daß er nicht nur schwere Felsstücke ins Meer schleudert, sondern die dünne Erdschicht des Fjelds, der moorigen Hochebenen stellenweise wie Papier aufrollt und diese Erdmassen in die Tiefen wirft. Das Klima ist ein verhältnismäßig mildes; es steigt im Sommer nicht über 20 Grad Réaumur und 5 Grad Kälte im Winter ist schon etwas Außergewöhnliches. Dagegen herrscht im Winter beständiger Schneefall, der natürlich eine ständige Lawinengefahr bei der gebirgigen Bodenbeschaffenheit zur Folge hat.

Die einzige Stadt der Inselgruppe ist Thorshaven auf Streymoyi. Sie zählt etwa 1000 Einwohner und ihre Holzhäuser sind so niedrig, daß man vom Hafen aus die Stadt fast nicht sieht. Die übrigen Bewohner der Inseln haben sich in kleinen Dörfern zusammengetan oder wohnen auch auf einzelnen Gehöften allein.

In dieser wilden Meer- und Gebirgslandschaft fristen durch Fisch- und Seehundfang wie auch durch Vogeljagd die Färinger ihr mühsames Leben. Die Schafe, nach denen die Inseln benannt werden, sind eine wilde Rasse mit vollständiger Gemsennatur. Sie bleiben Sommer und Winter im Freien und klettern ohne Aufsicht auf den Fjeldern umher. Oft werden ganze Herden eingeschneit und gehen zugrunde, wenn der Mensch ihnen nicht zu Hilfe eilt. Im Sommer werden sie mit großer Mühe einmal in eine sich verengende Sackgasse von Felsen getrieben, an deren Ende sich ein gemauerter Stall befindet. Nachdem sie eingetrieben sind, werden sie dort gerupft, das heißt diejenige Wolle, welche binnen kurzem von selbst ausfallen würde, wird ihnen ausgerauft. Weit gefährlicher ist das Ausnehmen der Vogeleier in den Felsenklippen. Jedes Jahr stürzen dabei einige der kühnen Kletterer ab.

Die Färinger sind ein hübscher kräftiger Menschenschlag mit echt skandinavischem Typus, sie besitzen nicht nur einen hohen Grad von Kraft und Ausdauer, sondern auch die alten normannischen Tugenden der Gastfreundschaft und der Nüchternheit. Dicke Bäuche findet man dort ebensowenig wie hungernde oder frierende Armut. Wer vom Kontinent her an die selbstständige Unterwürfigkeit der niedrigen Schichten des Proletariats, speziell des Lumpenproletariats gewöhnt ist, wird auf den Färöern merkwürdige Abweichungen von dieser Regel beobachten. Der ärmste Tagelöhner wird nie den Reichen ersuchen, ihm Arbeit zu geben oder ihn in seinem Boote auf den Fischfang mitzunehmen, er wartet, bis der Reiche zu ihm schickt und um Hilfe bittet. Die Worte „sollen" und „müssen" darf ein Bauer nie zu seinem Gesinde äußern und er tut dies auch nicht. Die Beamten, die frisch von Dänemark herüberkommen, tun dies oft, ehe sie die Landessitte kennen; und die wird ihnen in ruhiger, aber nicht mißverständlicher Weise beigebracht.

Eine sehr große Achtung besitzt der Färinger vor Bildung. Jeder, auch der Ärmste, lehrt seine Kinder selbst lesen und schreiben. Der Bildungstrieb hat die letzten Nachkommen der Normannen befähigt, das was von den Sagen der Vorfahren noch vorhanden ist, in der Ursprache zu lesen, und diesem Umstand ist es zum großen Teile zuzuschreiben, daß diese Inselbewohner ihre Nationalität bis heute gegenüber dem dänischen Entnationalisierungssystem beibehalten haben. Allerdings ist die „Kultur" auch an ihnen nicht spurlos vorbeigegangen, und die Mischung von altheidnischem und neuchristlichem Aberglauben ist bei ihnen sehr merkwürdig. Man trifft da ein wunderliches Durcheinander heidnischer, katholischer und protestantischer Anschauungen. Das deutsche Sprichwort „Eile mit Weile" heißt im faröischen Geist folgendermaßen: Illt vytist af bradraesi sezd Loki; han skuldi ta a eftir skirnarvattninum, men kom ikki attur. firr enn gentan sted hendur, og ta spiliti hann vattnid idurunumm! Wörtlich übersetzt heißt das: „Schlechten Nutzen hat man von der Übereilung, sagte Loke, da er nach Taufwasser fahren sollte, aber nicht wiederkam, bis das kleine Mädchen als Braut dastand, und da verschüttete er das Wasser noch unter der Tür."

Wie man sieht, ist der alte Loke, der böse Geist der Germanen, an Stelle des Teufels gesetzt worden. Ganz ähnlich reden die Eingeborenen der Insel Cypru= jetzt noch von der Aphrodite, wenn sie die Jungfrau Maria meinen. In den faröischen Beschönigungsformeln spielt das Kreuzeszeichen neben dem Krähenfuß eine große Rolle, und eine fromme Kuhmagd wird unter allen Umständen das ihr anvertraute Vieh gegen die Kobolde zu schützen haben.

Die Gerichts- und Schulsprache ist die dänische. Trotzdem wird auch heute noch in keiner eingeborenen Familie dänisch gesprochen. Natürlich sind ständige schwere Konflikte zwischen den Eingeborenen und den dänischen Behörden an der Tagesordnung.

Als ein noch schlimmerer Feind als die dänische Herrschaft hat sich seit zwei Jahrzehnten ein nach Ansicht der Färinger vom Kontinent eingeschlepptes Fieber mit ganz schweren Folgeerscheinungen erwiesen. Es handelt sich wahrscheinlich um eine gefährliche Form der Influenza, der sehr viele Färinger unterliegen, obwohl sie sonst sehr abgehärtet sind und eine dauernde Durchnässung von vierundzwanzig Stunden ohne Schaden ertragen. Die Epidemie herrscht häufig so stark, daß oft kaum ein einziger Mensch in einem Kirchdorf davon verschont wird und die Befallenen im besten Falle wochenlang zu Bett liegen müssen. Todesfälle sind sehr häufig.

Wenn die Färinger einmal endlich nationalisiert und kultiviert sein werden, wird mit ihnen auch der letzte Rest der alten normannischen Bevölkerung in Europa verschwunden sein.

Landgrebe.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 4. März. Der seit dem Jahre 1904 flüchtige steckbrieflich verfolgte Rechtsanwalt Merleker stellte sich der Berliner Staatsanwaltschaft und wurde in Moabit eingeliefert. Merleker war für den Millionenerben Roehll, der nach Valparaiso flüchtete, Wechselverbindlichkeiten eingegangen. Anstatt diesen nachzukommen, war er nach Amerika geflohen, wo es ihm jedoch nicht gelang, sich eine neue Existenz zu gründen.

Berlin, 4. März. Der sozialdemokratische Stadtverordnete in Berlin, Singer, ist den Berliner Abendblättern zufolge als Mitglied der städtischen Schuldeputation nicht bestätigt worden.

Magdeburg, 4. März. Hier erstickten bei einem Brande zwei Kinder, die eine 70jährige Witwe in Pflege hatte.

Köln, 4. März. Ein auswärtiger Kaufmann, der mit dem Zuge aus Gießen in Köln eintraf, ließ, während er einen Moment sein Abteil verließ, seine kleine Handtasche stehen, die 600000 Mark in Wertpapieren enthielt. Bei seiner Rückkehr war die Tasche verschwunden. Bisher sind alle Nachforschungen vergeblich gewesen.

München, 4. März. Die Buchhalterwitwe Libauer wurde nach 20 Tagen in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Gashähne waren geöffnet. Aus der in der Wohnung liegenden Zeitung vom 12. Februar und den nachfolgenden Nummern, die noch im Korridor lagen, ist erwiesen, daß die Frau vor 20 Tagen den Tod selbst gesucht oder durch einen Unfall bei Öffnung der Gashähne gefunden hat.

Karlsruhe, 4. März. Bei den Aufräumungsarbeiten auf der Brandstätte der Druckerei des „Badischen Landesboten" wurde ein Maurer von zusammenstürzendem Gebälk erschlagen, ein zweiter schwer verletzt.

Innsbruck, 4. März. Der Pfarrer König im Wallfahrtsort Weißenstein in Tirol hantierte mit einem Gewehr, wobei er im Scherz auf zwei Mädchen zielte. Der Schuß entlud sich, ein Mädchen wurde getötet, das andere schwer verletzt.

Luxemburg, 4. März. Auf luxemburgischen Gebiet wurde am Montag die noch nicht rekognoszierte Leiche einer Dame gefunden, die vermutlich während der Nacht aus dem Expreßzug Basel-Ostende gestürzt ist.

Konstantinopel, 4. März. Die englische Konsularbehörde in Konstantinopel verhaftete wegen unsauberer Geldmanipulationen eine den besten englischen Familien angehörige Persönlichkeit, den Kapitän Norman, der in den letzten Jahren für den Geheimdienst des Yildiz Kiosk tätig war.

London, 4. März. Die Krisis in der Baumwollindustrie in Lancaster hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Die Fabrikantenvereinigungen in Colne und Nelson kündigten eine allgemeine Aussperrung an, die voraussichtlich über 60000 Webstühle zum Stillstand bringen werden.

Cleveland (Ohio), 4. März. In einer der Schule der hiesigen Vorstadt Collingwood brach Feuersbrunst aus, die infolge Überhitzens eines Ofens entstanden war und in wenigen Minuten das ganze Schulhaus in dichten Qualm hüllte, wodurch unter den im Hause befindlichen vierhundert Kindern eine furchtbare Panik entstand. Das Schulhaus hatte nur zwei Ausgänge, was zur Folge hatte, daß zahlreiche Kinder, im Ausgang festgekeilt, zu Tode getreten oder schwer verletzt wurden. Bald nach dem Ausbruche des Brandes fiel das erste Stockwerk zusammen und zahlreiche Kinder stürzten in den Kellerraum. Im ganzen sind über 50 bis 75 Schulkinder ums Leben gekommen, von denen viele deutsche Namen tragen. — Der Direktor der niedergebrannten Schule schätzt die Zahl der ums Leben gekommenen Schulkinder, die im Alter von 9 bis 12 Jahren standen, auf **75 bis 150.**

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks.

Am 4. d. M. starb unser Mitglied, der

Wirt Hermann Burmester.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 9. d. M., vormittags 11½ Uhr, von der Burgtorkapelle aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an derselben 10¾ Uhr vom Vereinshaus.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten die unsern lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Maret für seine trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen, sowie den vereinigten Guttempler-Logen, dem Fabrikarbeiterverband und den Angestellten des Allgemeinen Gottesackers sagen hiermit unsern innigsten Dank.

Familie Martens.

Unserer Mutter zu ihrem 53. Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch, daß die ganze Glockengießerstraße wackelt und das Haus Stormsgang 7 auf den Kopf zu stehn kommt.